

Berliner Fiktion des Wiesbadener Anblatts: Berlin-Willmersdorf, Glinchestr. 66, Fernspr.: Amt UHland 450 u. 451.

Nr. 121. • 62. Jahrgang.

Es geht uns auf die Nerven; manche europäische Dame zieht es vor, den Hof zu verlassen. Ein paarmal haben die Wühler den Hof umkreist, haben in der einen Ecke Salt ge-

gesprochen worden, die Eisenbahn-Freifahrtkarten möchten nicht nur, wie bisher für die Dauer des Sitzungsabschlusses, sondern für die ganze Legislaturperiode ausgestellt werden, d. h. auch dann ihre Geltung behalten, wenn der Reichstag nicht nur über den Sommer verlagert, sondern die Session geschlossen wird. Die Regierung hat sich bekanntlich dieser Forderung gegenüber bisher ablehnend verhalten.

Nun wird man wieder an diesen Kampf erinnert angesichts der heutigen Geschäftslage des Reichstags. Vor einigen Wochen noch war man allgemein der Anschauung, der Reichshaushalt werde diesmal rechtzeitig bis zum 1. April erledigt werden können und die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten werde genügen, um wenigstens die wichtigsten der übrigen Vorlagen zu verabschieden. Inzwischen hat sich die Lage völlig verschoben. Heute leidet das Plenum des Reichstags bereits unter einem offensichtlichen Arbeitsmangel, obwohl die Staatsberatung bereits durch die erste Lesung anderer Vorlagen, wie z. B. des Luftverkehrs-Gesetzes, unterbrochen werden soll und obwohl das Plenum doch wahrlich alles andere, nur nicht schnelle Arbeit leistet, neuerdings z. B., um der Budgetkommission breiteren Raum zu lassen, mit den eigenen Sitzungen erst um 2 Uhr beginnt. An eine Änderung dieser Sachlage ist auch nicht zu denken, obgleich das Plenum des Reichstags am Freitag die Duell-Interpellation des Zentrums einzuführen und den Samstag sowohl wie den Montag sühnungsfrei zu halten gedenkt. Die Budgetkommission ist, was fast ohne Beispiel in der Geschichte des Reichstags ist, noch immer beim Kolonialetat, an dem doch auch bereits das Plenum arbeitet. Vor Beginn nächster Woche wird vermutlich der Militäretat nicht einmal an die Budgetkommission kommen und wann das Plenum die große Seereschiffe eröffnen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Ebenso verhält es sich mit der Befoldungsvorlage, die, wie wir neulich meldeten, von der Budgetkommission einem Unterausschuss überwiesen werden soll, deren Beratung auch nur in der Kommission aber ebenfalls in weitem Maße steht.

Bei diesem Tempo und eine dreiwöchige Dauer der Osterferien vorausgesetzt, ist vor Mitte Mai eine Verabschiedung des Etats nicht zu erwarten. Und wenn die Verbündeten Regierungen nicht die ganze legislatorische Vorarbeit sowohl der Reichsämtler wie der Kommissionen unter den Tisch fallen lassen wollen, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als entgegen ihrer bisher bekundeten Absicht, auch in diesem Jahre den Reichstag nicht zu schließen, sondern bis in den Herbst zu vertagen. Damit wären also die Freifahrtkarten wieder einmal gerettet!

Der Stand unserer Ansiedlungspolitik.

Die Ansiedlungsdienstschrift für das Jahr 1913 ist dem Abgeordnetenhaus heute zugegangen. Aus ihrem Inhalt geben wir die folgenden wichtigen Punkte wieder: Der Ansiedlungsausschuss hat im Jahre 1913 eine Herrschaft, 11 Rittergüter und 25 sonstige Güter mit einem Flächeninhalt von 15 568 Hektar und 25 bäuerliche Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 794 Hektar erworben, außerdem 9 Staatsdomänen mit einem Flächeninhalt von 2479 Hektar gegen Entschädigung übernommen. Im Vorjahre betrug der Landenerwerb 25 321 Hektar. Die aus deutschen Händen erworbenen Güter betragen 72 Prozent, die aus polnischen Händen erworbenen Güter 28 Prozent. Die Durchschnittspreise für ein Jahr betragen 1913 1821 M. gegen 1400 M. im Vorjahre. Die Festigung des alten deutschen Besitzes in den Ansiedlungsprovinzen hat einen gleichmäßigen Fortgang genommen. Es wurden 1786 bäuerliche Stellen und 45 größere Güter im Besitz besetzt, darunter 30 Rittergüter. Im ganzen sind bisher 17 020 Anträge auf Besitzbesetzung gestellt worden, von 430 für größere Güter. Durchgeführt ist das Verfahren bei 9378 bäuerlichen Stellen und bei 20 größeren Gütern. Die gesetzte Fläche umfaßt 180 619 Hektar bäuerlichen Besitz und 99 466 Hektar größeren Besitz. Das für Besitzbesetzung aus dem Ansiedlungsfonds gezahlte Kapital beträgt 130 673 575 M. Zum Ansiedlungsgeschäft ist zu bemerken, daß im Jahre 1913 7874 neue Ansiedlungsanträge gestellt worden sind. Außerdem meldeten sich 2965 Bewerber aus früheren Jahren. Über 1109 Ansiedlerstellen wurden Verträge geschlossen und 823 vergeben. Im Juni waren bis Ende 1913 19 023 Renten- und 2235 Tagstellen. Von den 21 257 Ansiedlern stammten aus dem Auslande 5384. Das Besiedlungsergebnis kommt etwa der

Gründung von 27 Dörfern mit je 400 Hektar Stellen Landes gleich. Im ganzen sind bisher 21 372 Ansiedlerfamilien mit 123 232 Köpfen angelegt worden. Die seit dem Bestehen des Ansiedlungsausschusses zu Ansiedlungsrechten vergebene Fläche beträgt 303 240 Hektar. In den Ansiedlergemeinden haben etwa 2000 deutsche Handwerker und Arbeiterfamilien und 6000 einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen ihren dauernden Wohnsitz. Die gesamte deutsche Bevölkerung der Ansiedlergüter und Ansiedlergemeinden beträgt ungefähr 151 000 Personen. Die Dienstschrift gibt näheren Aufschluß über die Ansiedlung selbständiger deutscher Arbeiter durch Prämien, über die Vermählung der erworbenen Güter bis zum vollständigen Abschluß des Besiedlungsgeschäftes und für die Vorbereitung für das kommende Besiedlungsgeschäft. Über den Stand des Ansiedlungsfonds heißt es in der Dienstschrift: In der Zeit von 1886 bis Ende 1913 sind aus dem Ansiedlungsfonds ausgegeben worden 913 872 000 M. Zum Fonds eingenommen wurden 292 556 000 M. Der Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen ist 621 316 000 M.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser begab sich gestern mittag in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu einem Vortrag über die Sicherheitsverordnungen auf den preussisch-hessischen Staatsbahnen und frühmorgens bei dem Kaiser v. Preußen nach.

Der englische Unterrichtsminister Pease, der die öffentlichen Schulen Deutschlands zu besichtigen wünscht, ist gestern vormittag von München kommend, in Berlin eingetroffen und im „Hotel Kaiserhof“ abgeblieben.

Der Regierungspräsident von Niederbayern ist ab 1. April d. J. der Ministerialdirektor für Kirchen- und Schulangelegenheiten im Ministerium des Innern v. Pracher ernannt worden.

* Dr. Kopp's Nachfolger. Als aussichtsreichster und der Regierung genehmer Kandidat für die Nachfolgerschaft des Ritterschloßs Dr. Kopp dürfte der derzeitige Bischof von Paderborn Dr. Schulte in Betracht kommen. Dr. Schulte ist im 42. Lebensjahr und ist unter den deutschen Kirchenfürsten der jüngste.

* Mehrbeiträge zum Wehrbeitrag. Die Höhe des Wehrbeitrags läßt nicht nur einen zutreffenden Schluß auf das Vermögen oder das Einkommen desjenigen zu, der den Wehrbeitrag leistet. Wie wir erfahren, ist die Zahl der Fälle beträchtlich, in denen wohlhabende oder reiche Mehrbeitragspflichtige aus freien Stücken ihren Beitrag nach oben hin abgerundet haben. Besonders in den Industriebezirken des Rheinlandes und Sachsens sind viele freiwillige Mehrbeiträge dieser Art zu verzeichnen. Das wird bei der späteren, auf Grund des Wehrbeitrags erfolgenden Vermögensschätzung zu berücksichtigen sein.

* Die nationalliberalen Auseinandersetzungen. Der „Mannheimer General-Anzeiger“, der, wie mitgeteilt, vor einigen Tagen an der Preußenrede des badischen Großdeputierten Rebmann (Karl) teilgenommen hatte, wurde gestern von der „Badischen Landeszeitung“ zurecht gewiesen und es wird dabei betont, daß die Rede Rebmanns den Ansichten sämtlicher badischen Nationalliberalen entspricht. Das Blatt führt u. a. aus: „Der „Mannheimer General-Anzeiger“ ist keine Instanz, der die badischen Landtagsabgeordneten zu irgend einer Art von Rechenschaftsfrage verpflichtet wären. Die Annahme des „Mannheimer General-Anzeigers“, daß die Rede des Abgeordneten Rebmann nicht eine Privatleistung sei, ist richtig. Sie beruht auf einer eingehenden Beratung und insbesondere in dem sachlich angelegten Teil auf einer einstimmigen Meinung und Beschluß der nationalliberalen Landtagsfraktion.“ Was die Ausführungen Rebmanns über den Partikularismus angeht, führt das Blatt u. a. aus, sei es Torheit, wenn ihm nichts Schlimmeres als separatistische Gelüste untergeschoben würden. Nichts sei ihm ferner gelegen; das erhelle allein schon aus dem Schlußatz, der ausspricht, daß dieser badische Partikularismus herauswache „aus der Überzeugung, daß das Reich, so wie es ist, mit allen Mitteln gehalten und gestützt und weiter gefördert werden muß, daß das aber nur der Fall sein kann, wenn die Glieder des Reiches gesund, wenn sie innerlich kräftig sind.“ „Damit stellt sich, so schließt die Erklärung ausdrücklich, der Abgeordnete Rebmann und mit ihm die nationalliberale Landtagsfraktion fest auf den Boden des Reiches und seiner Verfassung. Damit ist aber recht wohl verträglich der weitere Gedanke, daß weitgehende Schritte auf dem Wege zum Unitarismus für das Reich selbst verhängnisvoll wären.“

* Byzantinische Nohe. In den letzten Wochen hat man von den schweren Stürmen, welche die Ostseeküsten heimgesucht hatten, und man traute mit den armen Bewohnern, deren Heim die Macht der Elemente zerstört hatte und denen

dadurch und durch sonstige Schäden große Verluste entstanden sind. Mit Anerkennung vernahm man, daß sich am 12. Jan. der „Staatsbote“ von Pommern, Prinz Fritsch, seiner Pflicht bewußt, selbst von dem entstandenen Elend überzeugte und dadurch den hartbetroffenen Bewohnern die Hoffnung hinterließ, daß sie nach Kräften vom Staat unterstützt werden würden, was inzwischen im Landtag bereits angekündigt ist. Eigentlich berührt es aber, in den Berichten zu lesen, daß die Ortsgemeinden, die der Prinz besuchte, jämmerlich geklaggt hätten! Man sollte meinen — so bemerkt ganz mit Recht der von Herrn v. Stotthaus herausgegebene „Türmer“ dazu — daß die Städte- und Ortsbehörden in den schweren Tagen andere Sachen zu veranlassen gehabt hätten, auch wenn von den vorgeordneten Behörden ein dahingehender Wunsch geäußert worden ist. Bei dem allgemeinen Jammer und der Not war die Besorgung der Häuser der reinste Noth. Im Grunde aber Noth.

* Eine Studienreise der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nach Südamerika wird im Herbst d. J. unter Führung von Professor Bachhaus veranstaltet werden. Die Reise hat in der Hauptsache Argentinien zum Ziel, wird aber auch Landestheile der benachbarten Länder, so u. a. Chile, Brasilien, Uruguay und Paraguay, berühren.

Heer und Flotte.

Die 5. Matrosen-Artillerie-Abteilung auf Helgoland erhält am 1. April die vierte Kompanie. Die Abteilung auf Helgoland besteht seit 4 Jahren, sie wurde 1910 mit zwei Kompanien errichtet, 1912 kam die dritte hinzu. Es sind jetzt in der Heimat 21 Kompanien vorhanden, von denen auf Friedrichsort, Wilhelmshaven und Cuxhaven je 5, auf Helgoland 4 und auf Bock 3 entfallen. Dazu kommen in Tsingtau 4 Kompanien. Alle 26 Kompanien zählen 4102 Köpfe.

Post und Eisenbahn.

Beförderungsvorhältnisse der höheren Postbeamten. Im Reichstag haben, wie die „Tagl. Rundschau“ hört, zwischen den Parteien und der Regierung Vorverhandlungen darüber stattgefunden, wie den in der höheren Postverwaltung bestehenden unhaltbaren Zuständen durchgreifend abgeholfen werden könnte. Bekanntlich hatte der Reichstag bereits im vorigen Jahr einstimmig eine Entschließung gefaßt, worin der Reichsanwalt aufgefordert wurde, Maßnahmen zu treffen, um die durch die verschlechterten Beförderungsvorhältnisse für die höheren Postbeamten gegenüber den Absichten der Befolgsordnung eingetretenen Nachteile zu beseitigen. Die Regierung hat nun im Etat für 1914 zwar besondere Maßnahmen für die höheren Postbeamten vorgeschlagen und eine größere Zahl von Vize-Direktorenstellen angefordert. Art und Umfang dieser Maßnahmen genügen aber nicht, um die Verhältnisse gründlich zu bessern. Im Reichstag besteht nun, dem genannten Berliner Blatt zufolge, offenbar die Absicht, diese Frage bei der bevorstehenden Beratung der Befolgsnovelle endgültig zu lösen und damit die langjährigen Wünsche der höheren Postbeamten endlich zu erfüllen. Diese Wünsche erscheinen um so eher erfüllbar, als sie nicht eine Befolgsnovelle fordern, wie sie z. B. den in der Befolgsnovelle bedachten Beamtenklassen zuteil wird, sondern nur die Wiederherstellung der Befolgsverhältnisse anstreben, wie diese bei der Schaffung der Befolgsordnung im Jahre 1900 bestanden haben.

— Krankenstellen der Reichspostverwaltung. Die von der Reichspostverwaltung eingerichteten Krankenstellen für die nicht krankenversicherungspflichtigen Post- und Telegraphen-unterbeamten erfordern in diesem Jahre einen weiteren Zuschuß des Reiches von 30 000 M., weil der Beitritt zu den Kassen andauernd wächst. Der Gesamtzuschuß wird 1914 700 000 M. betragen. Es gehören bisher den Krankenstellen rund 250 000 Postunterbeamte einschließlich der Frauen und Kinder an.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Vorgänge an der tierärztlichen Hochschule. Wien, 11. März. Infolge der gestrigen Vorgänge an der Tierärztlichen Hochschule verfügte das Ministerium die Sistierung der Vorlesungen und Prüfungen. Hierdurch verlieren die Hörer das ganze Semester. Die Angelegenheit wird noch ein parlamentarisches Nachspiel haben, da die Studenten sich an mehreren Abgeordneten gewendet haben. Auch der allgemeine Hochschul-Ausschuß wird eine Aktion einleiten und den Hörern der Tierärztlichen Hochschule zu ihrem Rechte verhelfen.

Maßnahmen gegen die Auswanderungsbewegung. Wien, 11. März. Die stetig anwachsende Auswanderung aus Österreich-Ungarn bildet bereits seit langem für die hiesige Regierung Gegenstand schwerer Sorge und hat namentlich zu Maßnahmen geführt, welche die Auswanderung in Zukunft erschweren sollen. Das Ministerium des Innern hat nämlich bei der Wiener Polizeidirektion behufs Überwachung

mocht und ein Trauerlied des Geistlichen angehört und — alle persönlichen Zuschauer weinen! Alte und Junge bedecken sich die Augen zu oder ziehen das Tuch und trocknen die Tränen. Sie weinen um Hussein! Um Hussein, der vor mehr als 1200 Jahren starb! — Eine felle, uns ganz fremde Welt! Und wie wir die Sache mit kritischen Augen betrachten, entsteht in uns ein harter, innerer Zwiespalt: Ist das Theater, was wir hier sehen, oder ist es echter religiöser Fanatismus?

Sowie der Zug die vorgeschriebene Anzahl von Kunden um den Hof gegangen ist, löst er sich auf. Man drängt sich durch die Menge, die sich im Eingang staut, hinaus und hinüber in einen anderen Hof, wo man sich für den nächsten Gang vorbereitet. Den blutenden Männern werden die Tücher abgenommen, — sie werden sorgsam aufbewahrt, denn dieses Blut hat heilende Kraft! — man erlebte das Geschäftliche der Sache, so daß wir aus der felle, uns fremden Stimmung herausgerissen werden; die Teilnehmer selbst sind schon sofort aus ihrer Ekstase zur Räuberei zurückgekehrt! Und wir wissen auch, daß man diese Kerle, die da ihr Blut fließen lassen, durch Geld entschädigt. Ist es also eine Verbindung des Materialismus mit dem Idealismus? Man kann wohl die Frage nicht einfach beantworten, da alle unsere Sprachbegriffe auf unser Empfindungsleben zugeschnitten sind; hier aber lebt ein Volk mit ganz anderer Psyche. Ein unheimlicher religiöser Fanatismus waltet ohne Zweifel in dieser düsteren Nation, die ihren Glauben nicht wie wir in durchgeleiteter Abrechnung mit sich selbst bezeugt, sondern in sehr realer Form buhe tut!

Wie zum späten Abend wiederholen sich die Züge; und wie

es dunkel und immer dunkler geworden ist, wird auch die ganze Szenerie unheimlicher. Jeder Zug bringt eine kleine Änderung. Statt der Tücher sehen wir nachher zwei Anker an den Pferden, und sie tragen ein Schwert in der Hand, und noch sieht der kleine Kerl nach dem Kopf, wenn er ihn vor sich mit dem flachen Schwert berührt hat, und wischt die Finger auf dem weißen Gewand ab, ob wohl Blut daran klebt! Auch die Musik ändert sich: ein Wechsinstrument ertönt und spielt ein Motiv von einer Schlichtheit und engereifenden Schönheit, als sei es aus einer modernen Oper entnommen. Und immer nur dasselbe Motiv, das mir am nächsten Tage aus dem Ausruf eines Brotverkäufers wieder entgegen kam! Er war wohl auch da!

Ein lebendiges Fest kann man diese Totenfeier nennen! Denn ist sie gleich reich an tausend Symbolen, so sind diese doch feine, feine, und von Jahr zu Jahr ändert sich dies oder das an den Umzügen. Da trägt ein Geistlicher eine Streichart und klagt, wie das Mordinstrument den Geistlichen erschlingt. Früher trug man ein Wassergefäß, um den in der Wüste Verschmachtenden zu tränken. Wer kann alle die Symbole kennen, diese felle, uns fremden, die getragen werden; die großen Gänge, die Hallen der Spiben auf den Rahmenhängen! Wir dringen ja doch nicht in die Geheimnisse und lassen darum alles wie ein Bild aus einer anderen Welt an uns vorbeiziehen.

Je später der Abend, um so fanatischer werden die Tänzer, Mäucher der Geißler erkennen nicht mehr; mancher der Schwertträger ist im Bilde zur Behandlung der Wunden geblieben. Mäucher — hatte auch nicht den Mut, sich mit dem

Schwert zu schneiden oder schante sich beim Geißeln. Die aber ausschalten, treiben ihre Ekstase durch Schreien, gegenfällige Anfeuerung und auch wohl durch den Geruch oder das Gefühl des rinnenden Blutes immer weiter!

Wieder ein Bild des felle, uns fremden Mittelalters, dem wir auf Schritt und Tritt in Konstantinopel begegnen!

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. In Pommern findet in Gegenwart des Prinzen Heinrich der Niederlande und des Prinzenpaars Friedrich Karl von Hessen am kommenden Montag im Raths-Theater ein von Damen und Herren der Gesellschaft gespielter Einaakter-Abend unter Leitung des Dir. Adalbert Fleiter statt. Der Reinerlös ist zur Errichtung eines „Mariannen-Denkmal“ in Bad Pommern bestimmt.

Eine Badisch-Komödie „Mein Esel“, der diesjährige Saisonfolg des Kopenhagener Volkstheaters, ist soeben auch in deutscher Sprache erschienen und wurde bereits im Manuscript von mehreren größeren Bühnen erworben.

Wilde Kunst und Musik. Verta Morana, von deren Unfall in London wir berichteten, ist am Montag in München wieder eingetroffen. Nach der Ansicht der Münchener Ärzte, so melden die „Münch. N. N.“, wird die Künstlerin in einigen Wochen wieder hergestellt sein, da der Anstoß, den sie in London erlitt, nicht kompliziert ist. Das abgetriebene Londoner Volkstheater wird Frau Morana im Mai und Juni dieses Jahres im Covent-Garden nachholen.

der Auswanderungsbewegung eine Zentralstelle errichtet und zu diesem Zweck Kontrollorgane bestellt, welche nach den bestehenden Gesetzen berechtigt sind, von jedem In- und Ausländer einen genauen Ausweis über seine Person und die Mittel zu seinem Unterhalt zu verlangen. Es ist daher von nun an zweckmäßig, daß alle männlichen Reisenden im Alter von 17 bis 38 Jahren sich mit Pässen versehen, welche allein den zuverlässigsten Befehl der gesetzlichen Ausweisleistung in Österreich bilden.

England.

Ein Signalbuch gekloppt. Paris, 12. März. Aus London wird dem „Echo de Paris“ gemeldet, daß an Bord eines der in Seeerney stationierten englischen Panzerschiffe vor kurzem ein überaus wichtiges Signalbuch gekloppt und durch ein äußerlich demselben vollständig gleiches Buch ersetzt worden sei. Es handele sich zweifellos um eine Spionageaffäre.

Rußland.

Reorganisation der Kofakverwaltung. Petersburg, 11. März. Der Reichsrat hat heute die auf Veranlassung von 77 Dumaabgeordneten eingebrachte Gesetzesvorlage, nach der die Semtiwowerfassung auch auf das Don-Gebiet ausgedehnt werden soll, mit 87 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Der Reichsrat hat den Wunsch ausgedrückt, die Regierung möge schleunigst Grundlagen ausarbeiten, auf denen im Einklang mit den besonderen Eigenschaften des Kofakentums eine Reorganisation der Landesverwaltung im Dongebiete stattfinden solle.

Türkei.

Die Feindschaft gegen Griechenland. Konstantinopel, 11. März. Ein Teil der türkischen Presse fährt in ihrer heftigen Sprache gegen Griechenland fort. „Admiral-Effendi“ bespricht die Debatte in der griechischen Kammer über den antigrichischen Boykott. „Turquis“ sagt, der Boykott sei der Ausdruck des Unwillens der muslimanischen Türken über die Verleumdung an Land und fragt, ob nach den Verfolgungen der Muslimen in Neugriechenland die Pforte kein Recht habe, Repressalien zu üben? — Die militärische Zeitschrift „Takwi“ meldet, daß militärische Wohnlager der Türkei gegenüber Griechenland fortbauern. Namentlich in den den griechischen Inseln nahegelegenen Distrikten mache sich eine erhöhte Rüstungstätigkeit geltend.

Mexiko.

Verstärkung der amerikanischen Truppen an der Nordgrenze. Washington, 12. März. Präsident Wilson hat beschlossen, zur Verstärkung der mexikanischen Grenzpatrouillen das 9. und 17. Infanterie-Regiment nach Saredo und dem Eagle-Pass zu senden.

Wie die Rebellen die Landfrage lösen. Chihuahua, 12. März. Die Militärbehörden haben beschlossen, die öffentlichen Ländereien, einschließlich der konfiszirten, unter die Soldaten der gegenwärtigen Revolution, die inaktiven Veteranen der Madero-Partei sowie die Witwen und Waisen aus beiden Revolutionen zu verteilen. Wie es heißt, wird jeder Soldat 62 Acres erhalten. Auch eine Verteilung städtischen Grundbesitzes ist geplant. Der Beschluß erregt das größte Interesse als erster Versuch der Rebellen, ihren Absichten gemäß die Landfrage zu lösen.

Japanische Ansetzungen als Schreckmittel für die Union. New York, 12. März. Wie der „New York Herald“ aus Mexiko meldet, hat der japanische Botschaftsminister in Mexiko seine Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sich die Westküste von Mexiko ausgezeichnet für japanische Ansetzungen eignet. Eine japanische Gesellschaft mit einem Kapital von 300 Millionen Yen soll sich zur Entwicklung und Kolonisierung Mexikos bereits gebildet haben. Wie von hochstehender diplomatischer Seite versichert wird, verfolgen alle diese Nachrichten nur den Zweck, die Haltung Washingtons in der japanischen und mexikanischen Frage zu beeinflussen.

Südafrika.

Zur Verbannung der Arbeiterführer. Pretoria, 12. März. Der Generalstaatsanwalt von Transvaal hat die Strafverfolgung mehrerer Arbeiterführer abgelehnt, gegen die im Vorverfahren wegen ihrer Agitation beim Eisenbahnerstreik Anklage erhoben worden war. — Kapstadt, 12. März. General Smuts erklärte gestern im Senat, die Regierung habe ihre Ansicht über die Verurteilung der Arbeiterführer nicht geändert. Die Verurteilten seien für immer von der Einwanderung ausgeschlossen; doch würden gesellschaftliche Vorkehrungen getroffen werden, um ihnen unter gewissen Bedingungen eine zeitweilige Rückkehr zu gestatten. Der frühere Premierminister der Kapkolonie Schreiner protestierte entschieden gegen die Indemnitätsbill und forderte Beweise für die Verbrechen der Verurteilten. Wenn der aufrührerische Charakter ihrer Äußerungen nachweislich gewesen wäre, so hätten die ordentlichen Gerichte darüber entscheiden sollen. Wenn die Regierung die Schuld der Männer nicht beweisen könne, würde er beantragen, einen Gerichtshof einzusetzen, um über alle Fragen, die sich aus der Bill ergeben, zu entscheiden.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Der Name Wiesbaden.

Herr Geheimrat Dr. Wagner sprach vorgestern Abend im Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung über Grundfragen und ihren Zweck, und legte mehrere neuere Erscheinungen auf dem Gebiet der nassauischen Geschichte vor. Darauf sprach Herr Museumsdirektor Dr. Wrenner über den Namen Wiesbaden. Der Vortragende stellte keine neue Hypothese auf, sondern beabsichtigte lediglich, die bisher vorgebrachten Anschauungen gegeneinander abzuwägen. — Der Name Wiesbaden wird uns im Jahre 830 durch Einhard ausdrücklich als „moderno tempore“ (in neuerer Zeit) entlehnt bezeichnet. Dazu stimmt auch die germanische Namengebung der anderen alten Römerstädte (Boden in der Schweiz, Badenweiler, Baden-Baden, Bad in England), die alle, ebenso wie Wiesbaden, bis zum Ende der Römerherrschaft, ihre römischen Namen trugen, und von denen uns auch für Bad durch zwei Urkunden des 8. und 10. Jahrhunderts bezeugt wird, daß der Name jüdisch und „neuerdings entlehnt“ sei. Für alle diese Namen, die erst in der Zeit vom 5. bis 8. Jahrhundert

unter germanischer Herrschaft aufgenommen sein können, ist jüdische Entstehung also ausgeschlossen.

Die landsläufige Erklärung Wiesbaden = Wiesbad, ist unhaltbar; die älteste überlieferte Form lautet dann nicht Wisibad, sondern müßte etwa Wisunbad lauten; da im 9. Jahrhundert auch die schwach betonten Vokale im Mittelhochdeutsch noch unverändert erhalten sind, ist nicht etwa an sprachliche Abschleifung zu denken. Aus dem gleichen Grunde ist auch die Ableitung von Wisent abzulehnen; es müßte dann im 9. Jahrhundert die volle Form Wisantesbad überliefert sein. Der Grimmische Ableitung von altnordisch wisas, lat. virus, darnach „Salzbad“ hält Streiberg (Kass. Annalen 26, S. 181) entgegen, daß dieses Wort nicht Salz, sondern Gift bedeutet, also keine geeignete Bezeichnung für Heilquellen darstellt; zudem stehen nach Streiberg der Gleichung unüberwindliche sprachliche Schwierigkeiten im Wege. — Der in den Kass. Annalen II, 2, 110, publizierte und abgebildete Wisnotenstein ist eine plumpe Kopie; er hat nie existiert. (S. Klein, Inscriptiones Rhaeticae, 1855, S. 99.) — In durchaus befriedigender Weise löst Streiberg in dem bereits zitierten Aufsatz die Frage: er stellt den Namen Wisibadun mit den in der gleichen Zeit bei den Germanen gebräuchlichen Person- und Stammenamen, wie Wisigard, Wis, oder Wisumar, Wis, oder Wisurich, Wisibadus (hier badus von german. badu = Kampf, nicht mit Bad zusammenzubringen!), Wisigathae u. a. m. zusammen; dazu kommen auch Ortsnamen, wie Wismar bei Sieben (Wisumera) und Wisenbrunn in Unterfranken (Wisibrunnen), die sich beide nicht auf Salzquellen beziehen können. Das Adjektiv wisu, wisa heißt „gut“, also Wisibadun = (zu dem) „guten Bädern“, so wie auch Bath urkundlich „oet Bathum“ — „bei den Bädern“ genannt wird. Vielleicht hat hier in Wiesbaden der Gegenstand zu den beiden „faulen“ Brunnen, von denen der eine unweit des Hochbrunnens in der heutigen Querstraße sprang, die Bezeichnung „gute“ Bäder noch besonders veranlaßt. Der Vortragende hält die Streibergsche Erklärung unter den bisher vorgebrachten für die einzig mögliche und für dauernd befriedigend. — Die Schreibung Wiesbaden mit ie, die erst seit Ende des 18. Jahrhunderts allgemeiner üblich geworden ist, ist etymologisch nicht berechtigt, ebenso die bei Ortsnamen übliche Aussprache mit langem i; die einheimische Aussprache „Wih-baden“ ist vielmehr durchaus richtig.

Der Vortragende weist noch besonders darauf hin, daß es für den Laien, der keine sprachgeschichtlichen Kenntnisse besitzt, ein vollkommen ausrichtloses Unternehmen ist, sich auf dem Gebiet der Ortsnamenkunde zu versuchen; da er die Schwierigkeiten der Aufgabe nicht zu übersehen vermag, wird er, ohne es selbst zu merken, in tausend Schlingen und Fingerringen hineingeraten und niemals oder höchstens durch Zufall zu brauchbaren Ergebnissen gelangen. Besonders zu warnen ist vor den in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstandenen falschen Wörterbüchern und sonstigen Veröffentlichungen aus dem Zeitalter der „Keltomanie“. Über die meisten von ihnen ist die Wissenschaft längst zur Tagesordnung übergegangen, und selbst den wenigen brauchbaren Leistungen dieser Zeit steht die mit der Sprachgeschichte nicht Vertraute ohne die Möglichkeit eigener Kritik gegenüber. Wirkliche Kenner gerade der keltischen Sprachen gibt es nur sehr wenige, und diesen sollte man auch die keltische Ortsnamenforschung überlassen; zu dilettantischer Betätigung ist das sehr schwierige Forschungsgebiet gänzlich ungeeignet. — Den Beschluß des inaktiven Abends bildeten Mitteilungen des Herrn Professors Dr. Unger über Napoleon und die nassauischen Fürsten im Jahre 1804 nach einem von mehreren Jahren in der Zeitschrift für Geschichte des Oberheins veröffentlichten Tagebuch, und der Vortrag mehrerer gelungener Gedichte aus einer nassauischen Handschrift seitens des Herrn Archivrat Dr. Schaus.

— Das Wellrital und seine Zukunft. Hierzu wird uns aus beteiligten Kreisen geschrieben: „Die städtische Verwaltung Wiesbadens legt seit langem den größten Wert darauf, als eine der schönsten und ansehnlichsten Städte Deutschlands angesehen zu werden, und bezeichnet Wiesbaden mit Stolz und Recht als eine der schönsten Gartenstädte Deutschlands. Zum Beweis dafür, daß dem so ist, weist die städtische Verwaltung bei allen Gelegenheiten darauf hin, daß sie ihre Täler von der Bebauung freihält, sie mit schmunzenden Gartenanlagen versehe und so durch diese natürlichen Lungen die Taunusluft in die Stadt einlasse. Das ist etwas, was uns so leicht keine andere Stadt nachmachen kann, und rechtfertigt die für diese Anlagen aufgewendeten Mittel nicht bloß, sondern ist für das als heil verordnete Wiesbaden zur Notwendigkeit geworden. Wer möchte heute noch die Verrottheit, Bombardiert und Walfischanlagen missen, oder die dafür kommenden Aufwendungen bedauern. In ähnlicher Weise sollte nun das Wellrital von der Bebauung freigehalten und mit Gartenanlagen versehen werden. Die prinzipielle Einwilligung durch die städtischen Körperschaften für diese Anlagen ist längst erfolgt, der Antrag auf Enteignung des Geländes gestellt und von der Königl. Regierung genehmigt worden. Aus finanziellen Gründen hat die städtische Verwaltung davon abgesehen, den borden Teil des Wellritals zu erwerben, da dies bereits Vauquassität erlangt hatte. Die Anlagen wurden also noch rückwärts verdrängt, die Pläne dazu genehmigt und das Enteignungsverfahren eingeleitet. Die von den dortigen Grundstücksbesitzern und Gärtnern geforderten Preise entsprechen, nach sachverständigem Urteil, einer billigen Forderung. Einige Gärtner haben sich durch das eingeleitete Enteignungsverfahren veranlaßt, anderwärts Grundstücke zu erwerben und sich geschäftlich einzurichten. Wie wir nun hören, wurde der Antrag auf Enteignung bei dem Bezirksauschuss von Seiten der städtischen Verwaltung zurückgezogen. Der Grund dazu sollen die Preistagen sein, die von sachverständiger Seite für gärtnerische Grundstücke gewertet wurden und für alle in Betracht kommenden Grundstücke etwa 180 000 M. mehr ausmachen dürften, als man von Seiten der Stadt annahm. Jedenfalls hätte man die Entscheidung durch das Verwaltungsstreitverfahren abwarten sollen, ehe man alle Bäder stillstellt und dadurch die Gärtner nötigt, ihre neu erworbenen Anwesen wieder abzustoßen. Die beteiligten Gärtner sind durch dieses Zurückweichen der Stadt von dem eingeleiteten geschäftlichen Verfahren schwer geschädigt. Man versteht auch nicht, wie eine Stadtverwaltung einerseits Hunderttausende und Millionen zur Förderung solcher Anlagen ausgibt, dort aber, wo so vitale und berechtigten Interessen ihrer Einwohner zufällig einmal dabei zu beachten sind, ihre Hände von der angefangenen Arbeit zurückzieht. Was soll nun aus dem ganzen Projekt, was aus den geschädigten Gärtnern werden, die jetzt den Mangel einer Vertretung ihres Standes bei den städtischen Kollegien schwer empfinden? Was sagen die Stadtverordneten dazu, was sagt

der „Wesfälische Bezirksverein“ dazu, daß jetzt alles im Wellrital wieder schlummern soll, bis — man zur Einsicht gelangt sein wird, daß doch jetzt die günstigste Zeit zum Grundstücksverkauf war, oder bis — die Gärtner müde gemacht sind?“

— Schulaussichten. Zu der Notiz „Schulaussichten“ in der Morgen-Ausgabe des „Wiesbadener Tagblattes“, Nr. 108, vom 8. März, geht uns von der hiesigen Ortsgruppe des „Lehrerinnenvereins“ folgendes zur „Richtigstellung und Aufklärung“ zu: „Die Lehrerinnen (an den hiesigen Volksschulen) haben bis zum 1. März 1914 28 Pflichtstunden in der Woche zu halten, ab 1. April durch Regierungsverordnung 26 Wochenstunden in Wiesbaden, während z. B. Frankfurt a. M. und andere Großstädte schon lange den Maximalfuß von 24 Stunden für Lehrerinnen haben. Durch diese Regierungsverordnung wurde der festgesetzte, früher auch bestehende Unterschied von 24 Stunden zwischen dem Maximum der Lehrer und Lehrerinnen wieder hergestellt, der um so mehr begründet ist, da ja auch ein sehr großer Unterschied im Gehalt besteht. Vor etwa 10 Jahren wurde das Stundenmaximum der Lehrer von 32 auf 30 Stunden reduziert, die Lehrerinnen blieben damals unberücksichtigt und auf 28 Stunden stehen und wurden 10 Jahre lang mit den Stunden belastet, die den Lehrern abgezogen waren. Durch die jetzige Wiederherstellung des früheren Unterschieds sind eine Anzahl Stunden anderweitig zu belegen und allerdings von den Lehrern zu halten, die aber bisher vielfach nicht bis zu ihrem Maximum beschäftigt waren. Wie verlaute, sollen jedoch die Stunden, welche das Maximum der Lehrer (30 Stunden) überschreiten, gegen tarifmäßige Bezahlung an die jüngeren Lehrer verteilt werden; da für die notwendig werden Änderungen eine gewisse Summe ausgesetzt wurde. Eine Stundenüberschreitung bei den Lehrern kommt jedoch in den seltensten Fällen in Frage, wenn die Lehrer nur zu ihrem Maximum herangezogen werden, wie es bei den Lehrerinnen in den meisten Fällen geschieht, denn trotz der Änderungen wird bei einer Anzahl von Lehrern das Maximum noch nicht einmal erreicht, sondern manche haben auch jetzt nur 28 und 29 Stunden die Woche zu geben.“ — Gestern und vorgestern fanden am städtischen Realgymnasium, am ersten Tage unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungs- und Schulrats Böhler aus Kassel, am zweiten unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Waller, die Entlassungsprüfungen statt. Von den 17 Oberprimanern, welche sich der Prüfung unterwarfen, bestanden 16. Hier davon waren auf Grund ihrer schriftlichen Arbeiten vom mündlichen Examen entbunden worden.

— Meister- und Gehilfenprüfung im Sandwerf. Die der „Verleumdung“, Damen- und Theater-Frisierverein Wiesbaden“ uns mitteilt, hat durch Erlass vom 24. Januar der Herr Minister für Handel und Gewerbe auf Grund mehrfacher Beschwerden aus beteiligten Kreisen angeordnet, daß künftig für das Verleumdung, Damen- und Theater-Frisiergewerbe Sonderprüfungen zugelassen werden, mit der gleichzeitigen Bestimmung, den genannten Gewerben eine entsprechende Vertretung in den Prüfungskommissionen einzuräumen. Mit vorstehendem Erlass soll ein Mißstand aus dem Weg geräumt werden, zu welchem die bisherigen sogenannten Vollprüfungen im Barbier- und Friseurgewerbe häufig begründeten Anlaß gegeben haben.

— Unbekannter Wohnungsdieb. Über den kürzlich hier ausgeführten Wohnungsdiebstahl gehen uns jetzt von unserem th-Mitarbeiter folgende Einzelheiten zu: Nach den Vermutungen der Kriminalpolizei handelt es sich um einen abgetrennten Gauner, der sowohl als Kaufmann Anton Leschore aus Belfort wie auch als Kaufmann Fritz Willig aus Hermannstadt auftritt. Der Dieb, dem nahezu 30 Diebstähle gleicher Art in den größten Städten Deutschlands, wie Berlin, Stuttgart, Karlsruhe, Hannover, Dresden, Köln u. a. m., zur Last gelegt werden, wollte diesmal nicht ein ganzes Haus mieten, sondern fand die betreffende Wohnung durch ein aushängendes Schild in einer besseren Straße Wiesbadens. Nachdem er sich die zu mietenden Räume angesehen und auf dem Toiletentisch die Schmutzfäden bemerkt hatte, forderte er einen Koffer zum Ausmessen der Räume, und während man einen Koffer suchte, führte er den Diebstahl aus. Die Nachforschungen nach dem Dieb sind dadurch sehr erschwert, daß sich keine genauen Feststellungen über die Persönlichkeit des Verbrechers machen lassen, und er von der Strafkammer in Karlsruhe wegen Diebstahls von Schmutzfäden im Wert von 4440 M. als Kaufmann Anton Leschore verurteilt wurde. Die Wiesbadener Kriminalpolizei hat inzwischen festgestellt, daß er in einem hiesigen Hotel als Kaufmann Fritz Willig aus Rürnberg gewohnt hat und auch bei einem Auktionshändler mehrere Sachen verkauft, wobei er auch auf diesen Namen lautende Legitimationspapiere vortrug. Trotz eingehender Recherchen gelang es bisher nicht, den Dieb habhaft zu werden.

— Personal-Nachrichten. Gendarmerieoberwachmeister Schneider befindet sich des Arztes des Allgemeinen Krankenhaus. — Der Kammerdirektor Reimer von der Staatsanwaltschaft in Newid ist zum 1. April an die hiesige Staatsanwaltschaft berufen.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultusgemeinde. (Synagoge: Middelberg.) Gottesdienst in der Synagoge: Freitag: abends 6.15 Uhr. Sabbat: morgens 9 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 7.15 Uhr. Gottesdienst im Gemeindefaal: Sonntage: morgens 7.15 Uhr, abends 6.15 Uhr. Die Gemeindefaal ist geöffnet Sonntagsvormittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagsnachmittag von 6 bis 8 Uhr.

Alt-Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Friedhofstraße 33. Freitag: abends 6 Uhr. Sabbat: morgens 8.15 Uhr, Vortrag 10.30 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 7.15 Uhr. Sonntage: morgens 7 Uhr, abends 5.45 Uhr. Talmud-Tora-Verein Wiesbaden. Kerkstraße 16. Sabbat-Singens 8 Uhr, morgens 8.30 Uhr, Vortrag 9.30 Uhr, Mincha 6 Uhr, Auszug 7.15 Uhr, Sonntage: morgens 7 Uhr, Mincha und Seder 6.15 Uhr, Raariz 7.15 Uhr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

• Studentische Volkshochschule Wiesbaden. Morgen Samstagsabend um 8 1/2 Uhr findet der erste diesjährige Vortrag in der Klüderstraße statt. Thema: „Die deutsche Seldensage“. Eintritt 10 Pf. Gäste willkommen.

• Wiesbadener Künstler auswärts. Wir lesen in den „Gamb. Nachr.“: „Als Zeitschrift übertrifft Herr Horath die Erwartungen, die man nach den bisherigen Erfahrungen namentlich im deutschen Sinne an ihn knüpfen konnte. Genialität war seine Leistung vermöge der fähigsten, schätzbaren Mittel, über die der begabte Künstler verfügt, für sich. Herr Horath wird vor allem auf größte Lust der Deformation, auf festerer Disposition über den geistlichen Ausdruck bedacht sein müssen, um seiner Aufgabe auch über das rein musikalische Moment hinaus näher zu kommen.“ — Das „Gamb. Fremdenbl.“ schreibt: „Mit einer überraschenden Leistung wartete Herr Horath als Zeitschrift auf. Überblickend, wie man nach der bisherigen Tätigkeit des Künstlers kaum ein derartig gutes Resultat, als welches sich diese Leistung darstellte, erwarten durfte. Zwar fehlte diesem Zeita-

wendet worden. Wir wollen durch diesen Gesetzentwurf erreichen, daß wir Baugenossenschaften gegenüber, welche die Sicherheit bieten, daß sie zu erschwinglichen Preisen Wohnungen zur Verfügung stellen können, Bürgschaften übernehmen gegen eine Verzinsung unserer Gelder von 3½ Proz. Besondere Beachtung gewinnt der Entwurf dadurch, daß wir auch erste Bankhypotheken übernehmen wollen. Gewisse Bar-sicherheit ist natürlich bei der Verwendung der Gelder notwendig, damit wir nicht genötigt sind, das ganze Baugeld herzugeben. Wir haben die Hoffnung, daß durch dieses Gesetz unsere geringbefoldeten Reichsbediensteten billige Wohnungen beschafft werden können.

Abg. Währe (Sog.): Wir wollen anerkennen, daß in diesem Gesetz ein gewisser Fortschritt zu erblicken ist auf dem Wege einer reichsgesetzlichen Fürsorge. Neu ist, daß nicht nur Kredite, sondern auch Bürgschaften übernommen werden sollen. Für solche Genossenschaften, die diese Bürgschaften in Anspruch nehmen, müssen besondere Kautelen geschaffen werden. Dieses Gesetz geht nicht weit genug, man hätte sich das österreichische Gesetz zum Muster nehmen sollen. Hauptaufgabe der Kommission wird sein, zu versuchen, den Kreis der Baugenossenschaften, die die Wohlfahrt einer Bürgschaftshypothek haben sollen, so zu erweitern, daß alle Baugenossenschaften gemeinnützigen Charakters mit beteiligt werden. Ich beantrage, den Entwurf der bereits bestehenden Wohnungskommission zu überweisen. (Beifall links.)

Abg. Dies (Zentr.): Auch wir erkennen an, daß dieser Gesetzentwurf einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Er dürfte keinen Widerstand finden, weil die Wohnungsfrage anerkanntermaßen von außerordentlicher sozialer, wirtschaftlicher und sittlicher Bedeutung ist. Ein Reichswohnungsauflaufsamt muß geschaffen werden. Das Gesetz soll dafür sorgen, daß auch einzelne Beamte in die Lage versetzt werden, sich selbst mit Reichsmitteln ein kleines Häuschen zu bauen.

Abg. Schulenburg (natl.): Wir begrüßen gleichfalls den Gesetzentwurf mit Freude. Allerdings sind wir der Ansicht, daß der Betrag von 25 Millionen, der hier für Bürgschaften eingesetzt ist, etwas reichlich wenig ist. Wir betrachten den Gesetzentwurf nur als Abschlagszahlung. Daß das Reich sich Sicherheiten für seine Bürgschaften auf den verschiedensten Gebieten stellen läßt, wie es die sofortige Kündbarkeit beim Gebieten der Feuerversicherung darstellt, ist selbstverständlich und erklärlich. Wir werden in der Kommission gern mitarbeiten.

Abg. Frommer (kons.): Auch meine Partei steht der Vorlage sympathisch gegenüber und wird in der Kommission mitarbeiten, um den Entwurf weiter auszubauen. (Bravo!)

Abg. Dr. Wendorf (Vpt.): Wir werden uns bemühen, in dem Gesetz Erweiterungen herbeizuführen, auch hinsichtlich der Übernahme von zweiten Hypotheken. Mit größeren Verlusten wird nicht zu rechnen sein. Die Schaffung guter Wohnungen ist die vornehmste Aufgabe für das Wohl des Vaterlandes. Hoffentlich arbeitet die Kommission recht schnell. (Bravo!)

Auch die Abg. Dr. Arendt (Vpt.) und Mumm (Wirtsch. Vgg.) begrüßen die Vorlage.

Damit schließt die Diskussion. — Die Vorlage geht an die Wohnungskommission.

Es folgt die dritte Beratung zum

Postfischgesetz.

Abg. Dr. Südekum (Sog.): Mit der beschlossenen Fassung wird keine weitere Verbreitung des Postfischwesens erzielt werden. Die kleinen Interessenten werden benachteiligt.

Die Entwicklung des Schiffsverkehrs hängt von der Vergütung der Stammeinlagen und des täglichen Gelbes ab.

Dieses Ziel muß erreicht werden. Hierin würde eine wirksame Maßnahme gegen die Depositendanken liegen. Im Depositendwesen geht es so nicht weiter, daß große Kapitalien einigen wenigen Instituten überlassen werden. Die Großbanken tragen zur Verteuerung des Grund- und Bodens und damit der Wohnungen bei. Wir bewegen uns in einem Circulus vitiosus, wenn wir einerseits Wohnungsgesetze machen und andererseits solche Verhältnisse bestehen lassen. Das Postfischgesetz ist imlande, wenn es ausgebaut wird, diesen Verhältnissen abzuheben.

Abg. Wed. Seidelberg (natl.): Dies von dem Abgeordneten Südekum geschilderte Zukunftsbild wird nicht sobald erreicht werden. Wir können uns nicht dazu herbeilassen, ein Staatsinstitut zu schaffen, das in das Gebiet der Depositendanken eingreift. Sind unsere Wünsche auch nicht alle erfüllt, so stellt das Gesetz doch einen wesentlichen Fortschritt dar. Wir beantragen, dies Gesetz am 1. Juli 1914 in Kraft treten zu lassen. Die Postverwaltung gebraucht die Zwischenzeit für ihre nötigen Anordnungen. Für unseren Handel und Wandel wird das Gesetz in der jetzigen Fassung wesentliche Vorteile schaffen. (Beifall.)

Abg. Wathen (Vpt.): Gewisse Fortschritte sind bei diesem Gesetz nicht zu bestreiten, wenn auch nicht alles erreicht worden ist. Unser heutiges Bankwesen hat auch seine guten Seiten. Daß es einseitige Grundstückspekulationen treibt, trifft nicht zu. Es verhindert auch große Zusammenbrüche.

Aber eine falsche Politik unserer Großbanken können wir nicht tadeln.

Sie hat sich bei der letzten Krise durchaus bewährt. Ich würde sogar eine Todesangst ausstehen, wenn dieser Geldverkehr auch noch der Aufsicht des Reichstags unterstellt würde, der nicht einmal mit dem Petroleummonopol fertig wird. (Bravo!)

Abg. Dr. Südekum (Sog.): Ich denke nicht daran, der jetzigen Verwaltung in Verbindung mit dem Reichstag es überlassen zu wollen, über die Bedürfnisse einzelner Kredite zu befinden.

Abg. Raden (Zentr.): Wir sehen das Gesetz als Abschlagszahlung an. Sobald es die Rentabilität des Postfischverkehrs gestattet, erwarten wir die Herabsetzung der Stammeinlagen und Gebühren. Das Vertrauen habe ich zum Staatssekretär. (Raden bei den Sog.) Im Depositendwesen liegt sicher etwas im Argen. Es kann nicht Aufgabe des Postfischwesens sein, diese Auswüchse zu beseitigen. Damit schließt die Diskussion. — Das Gesetz wird definitiv angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft.

Es folgt die zweite Lesung eines

Gesetzes über die Folgen der Verhinderung wechsl. und schiedsgerichtlicher Verhandlungen im Ausland.

Das Gesetz will, unter Berücksichtigung auf die durch die kriegerischen Ereignisse auf dem Balkan notwendig gewordenen Vorarbeiten, die eine rechtzeitige Vorlegung und Gesetzgebung verhindert haben, das Rückgriffsrecht der an dem Wechselverkehr Beteiligten sicherstellen. — Der Entwurf wird

entsprechend dem Kommissionsbeschluss unverändert angenommen.

Es folgt die erste Lesung zum

Luftverkehrsgesetz.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Infolge der außerordentlich großen Ausdehnung der Luftfahrt ist es nötig, die Frage des Verkehrs in der Luft gesetzlich zu regeln. Nicht nur das Luftschiffwesen, sondern auch das Luftzeugwesen ist aus einer großen nationalen Bewegung heraus gefördert worden. Wir haben 21 Luftschiffe, eine große Zahl von Luftzeugen, 16 große Luftschiffhallen und über das ganze Reich gestreut Luftschiffpunkte und große Flugzeugplätze. Außerdem haben wir eine Versuchsanstalt für Luftfahrt gegründet.

Es lag nahe, die Frage des Luftverkehrs international zu regeln.

England und Österreich sind im Jahre 1911 mit gesetzlichen Vorschriften vorangegangen. Auch Frankreich ist diesem Beispiel gefolgt. Wir sehen in dem Gesetz das Gefühl der Verantwortlichkeit des Schutzes der Person und des Eigentums, um möglichst die Zahl der Opfer, die die Luftfahrt verlangt, zu vermindern. Je strenger die Verkehrsbestimmungen sind, um so mehr ist die Sicherheit geboten, daß nur derjenige ein Luftschiff führt, der die Handhabung gründlich kennt. Durch den Entwurf soll die Bahn für die Möglichkeit eines Verkehrs in der Luft, wie er vielleicht mit der Zeit durch Gesellschaften sich herausbilden wird, freigemacht werden. Gewisse Vorschriften können nicht leicht gesetzlich geregelt werden, sondern müssen dem Bundesrat überlassen bleiben. Der Gesetzentwurf hat im allgemeinen eine freundliche Kritik gefunden, nur bezüglich der Haftpflicht sind verschiedene Proteste zutage getreten. Man muß die notwendigen Grenzen innehalten zwischen Gefahren, die der Allgemeinheit durch Flugzeuge drohen, und dem Risiko, das die Flugzeugfabriken übernehmen müssen. Hoffentlich gelingt es, in der Kommission den richtigen Weg zu finden. So wie sich die deutschen Luftschiffe das Vertrauen des deutschen Volkes erworben haben, hoffe ich, daß es den deutschen Technikern und Ingenieuren gelingt, es zu einer solchen Höhe zu bringen, daß auch darin Deutschland in der Welt voran ist.

Abg. Dr. Landsberg (Sog.): Die Luftstiege, Landungs- und Flugplatzvorschriften scheinen förmlich nach internationaler Regelung. Wenn England zurzeit für eine solche nicht zu haben ist, dann sollten wir es doch mit anderen Staaten versuchen. Die ganze Regelung der Materie sagt uns nicht zu.

Der schwächste Teil der Vorlage ist der, der von der Haftpflicht handelt.

Diese Vorschriften sind flüchtig den Bestimmungen des Automobilgesetzes entnommen, trotzdem dort ganz andere Verhältnisse vorliegen. Außerdem ist der Wortlaut der Vorschriften für einen Laien nicht verständlich. Ich beantrage, den Entwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Dr. Weller (Zentr.): Hinsichtlich der Haftpflicht stimme ich den Ausführungen Dr. Landsbergs zu. Die Frage der Landesfürsorge und Landesverteidigung bildet für uns die Hauptache. Von diesem Gesichtspunkte aus werden wir an die Beratung der Vorlage herangehen. Der Verkehr kommt erst in zweiter Reihe. Je größer die Sicherheit, um so mehr wächst der Verkehr. Vielleicht liegen sich auch Fallschirme und Leuchtfarben in dieses Gesetz einreihen. Verkehrsbestimmungen müssen streng befolgt werden. Deshalb ist die Auswahl zuverlässiger Führer und guten Materials notwendig. Durch drakonische Haftpflichtbestimmungen darf man die weitere Entwicklung des Luftverkehrs nicht hemmen. Führern und Passagieren müßten auch heute gewisse Garantien gegeben werden. Bei den Haftpflichtvorschriften wird die Kommission zu einer Lösung kommen. Wir werden verlangen, daß eine Zwangshaftpflichtversicherung geschaffen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Quard-Stoburg (natl.): Hinsichtlich der Haftpflicht kann ich den beiden Vorrednern nicht folgen. Ich halte eine vorsichtige Gestaltung der Materie für unbedingt erforderlich im Interesse der weiteren Entwicklung des Luftverkehrs. Der Überweisung an die Kommission stimmen wir zu.

Abg. Dr. Dertel (kons.): Wir freuen uns der Fortschritte in Luftverkehr, dürfen aber nicht vergessen, daß es noch viel zu tun gibt, um den Verkehr auszubauen. Auch für uns bildet die Sicherheit des Landes und dessen Verteidigung die Hauptgesichtspunkte. Daß das Gesetz nach einer Erweiterung fähig ist, gebe ich zu. Einzelne Bestimmungen des Landeszentralbehörden zu überlassen, ist unbedenklich. Die Höhe der Haftpflicht, wie sie in diesem Entwurf gezogen ist, ist viel zu eng. Die Schadenersatzpflicht bei Notlandungen ist zu gering.

Ich glaube nicht, daß unsere Zukunft in der Luft liegt.

Wir treiben aber keine Engstirnigkeit und danken den Männern, die trotz vieler Mißerfolge und Anfeindungen das Große erreicht haben, das wir bewundern. Auch wir stimmen der Einsetzung einer allseitigen Kommission zu.

Abg. Siehe-Amierburg (fortsch. Vpt.): Wir bilden mit Bewunderung auf die heldenmütigen Eroberer der Luft, die uns zu großen Erfolgen geführt haben. Die Entschädigung genügt nicht. Eine Erhöhung muß in der Kommission vorgenommen werden. Für Zwangsgenossenschaften fehlt zurzeit noch die Unterlage für die Beitragsberechnung. Wir müssen der Entwicklung des Luftverkehrs völlige Ellenbogenfreiheit lassen. Dazu muß die Kommissionsberatung die Hand bieten. (Beifall.)

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Bei den Bestimmungen über die Zuständigkeit der Landeszentralbehörden anstelle des Bundesrats ist eine Ungleichmäßigkeit der Maßnahmen nicht zu befürchten. Bei Schaulagen ist die Notwendigkeit solcher Maßnahmen nicht zu umgehen.

Abg. Bender (Sog.): Das Gesetz enthält keinen Anhalt dafür, ob nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Privatflieger Schulen weiter bestehen dürfen oder nicht. Auch fehlt es an jeder Schutzbestimmung für Flugzeugführer und das sonstige Personal.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Darauf wird verlagert. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Interpellationen, betreffend das Meher Duell.

Schluß 7 Uhr.

Die Subjektmission und das Arbeitsprogramm des Reichstags.

Abg. Berlin, 12. März. Gegen Schluß der heutigen Sitzung der Subjektmission des Reichstags entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die weitere Arbeit

der Kommission. Es wurde beschlossen, dem Präsidium des Reichstags vorzuschlagen, außer dem nächsten Montag, der nach dem Beschluß des Senatskonvents des Reichstags frei bleiben soll, auch Dienstag und Mittwoch planarisierte frei zu lassen, damit die Budgetkommission Zeit für die Weiterberatung gewinnt. Dann soll der Kolonialrat beendet, die Besoldungsabelle und Etatgesetz beraten werden und hierauf der Militärstat folgen.

Letzte Drahtberichte.

Deutschland und Rußland.

△ Petersburg, 12. März. (Eig. Drahtbericht) Der Petersburger Korrespondent des „Kolossalizers“ hatte eine Unterredung mit dem Grafen Witte über die deutsch-russischen Beziehungen. Der Graf sagte: Die Politik in Rußland macht ausschließlich der Zar. Sjasonow ist nur sein ausführendes Organ. Graf Witte drückte seine volle Überzeugung aus, daß der Zar sehr friedlich gesinnt sei. Dasselbe gelte auch von Sjasonow, der schon von Natur aus ein sehr friedliebender Mensch sei. Rußland bemühe sich selbstverständlich, stark zu sein, doch arbeite es, wie Graf Witte besonders ernst betonte, absolut nicht auf einen Krieg hin. Vielleicht sei die Ursache der momentanen aufgeregten Stimmung eine Intrige und Provokation. Der Ursprung dieser Machenschaften sei den russischen führenden Kreisen fremd. „Unsere Beziehungen zu Deutschland“, schloß Graf Witte, „sind absolut und positiv friedlichster Art.“ Auch der Minister des Äußern Sjasonow äußerte sich über Rußlands Beziehungen zu Deutschland und Österreich dem Vertreter des Budapest „Wesir“ gegenüber wie folgt: Die Durchsicht des deutsch-russischen Handelsvertrags darf man nicht so pessimistisch beurteilen. Deutschland hat bereits die Verlängerung des Vertrags angemeldet. Falls Rußland das unannehmbar gefunden hätte, würde es nicht in Unterhandlungen darüber eingetreten sein. Beide Länder haben sich als Märkte notwendig und werden auch zu einem erziehlreichen Resultat gelangen. Das Rußlands Rüstungen betreffen, die von der deutschen Presse besprochen werden, so sind sie mehr als natürlich. Deutschland hat das Beispiel für verstärkte Rüstungen in Armee und Flotte gegeben. Wir können nicht nachhinken. Unsere Beziehungen zu Österreich, sagte Sjasonow, sind vollkommen korrekt und flößen keine Besorgnis ein.

Keine Kriegsstimmung in Frankreich.

wb. Paris, 12. März. (Kammer.) Am Schluß der heutigen Vormittagsdebatte über das Cadres-Gesetz wies der Deputierte Lefebvre auf die wohlthätige Wirkung des Dreijahresgesetzes hin, an dem man gegenwärtig als Rücksicht auf die Wählerzahl nicht rühren wolle. Wenn eine Regierung einmal auf ihre eigene Verantwortung einen neuen Entwurf einbringen werde, dann werde man denselben prüfen, aber einem parlamentarischen Initiativantrag, durch welchen die Dringlichkeit des Militärdienstes befundet werden sollte, werde sich eine entschlossene Mehrheit entgegenstellen. (Bewegung.) Frankreich ist friedlich, es hat sein Unglück nicht vergessen, aber es ist überzeugt, daß ein Krieg eine solche Katastrophe für alle Nationen wäre, daß es niemals die Verantwortlichkeit übernehmen werde, ihn zu entfesseln. Es handelt sich nicht darum, die Vergangenheit zu regeln, sondern darum, die Gegenwart zu verteidigen. Nicht ein Gedanke der Revanche befehle Frankreich, sondern der Wille zu leben und sich zu verteidigen. Die Waffe ist drückend und kostspielig, aber weniger schmerz und weniger kostspielig, als es die Niederlage wäre. (Lebhafter Beifall.) Heute sind 280 000 Mann an der Ostgrenze zur Verteidigung des Vaterlandes bereit. Das ist ein erhebender Trost für jene, welche für das Dreijahresgesetz gestimmt haben. (Lebhafter Beifall.) Mehrere Deputierte beantragen den Maueranschlag für die Rede Lefebvres. Die Sozialisten beantragen darauf, den Maueranschlag für die Rede Jaurès. Auf Ansuchen Lefebvres wird jedoch der Antrag auf Anschlag seiner Rede zurückgezogen.

Die Proklamation des Königs von Albanien.

wb. Durazzo, 12. März. Der König von Albanien hat folgende Proklamation erlassen: Albanier! Heute tritt das freie, unabhängige Albanien in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte ein. Das Geschick des Vaterlandes ist von nun an den Händen des Königs, der Weisheit der Regierung und der Tüchtigkeit der Vaterlandsfreunde anvertraut. Der Weg, der vor uns liegt, ist lang und voll an Hindernissen. Aber kein Hindernis ist unüberwindlich für ein Volk mit ruhmreichen Überlieferungen und einer altertümlichen Geschichte und für ein Volk, das, wie Ihr, den mächtigen Willen hat, zu arbeiten und fortzuschreiten. Unsere Pflicht und diejenige unserer Nachfolger aber wird es sein, auf das Wohlergehen der Nation mit allen unseren Kräften bedacht zu sein. Von diesen Gefühlen befeelt, haben wir aus Euren Händen die albanische Krone angenommen. Albanier! In dem Augenblick, wo wir den Thron besteigen, erwarten wir, daß Ihr Euch alle um Euren König schart und mit uns an der Gestaltung unserer nationalen Bestrebungen arbeitet. Wilhelm I.

Oberleutnant v. Winterfeldt abermals operiert.

wb. Paris, 12. März. Wie aus Grisolles gemeldet wird, hat der Zustand des Oberleutnants v. Winterfeldt eine neue schwere Operation notwendig gemacht.

Die Sonntagstrübe in den Grenzgebieten.

wb. Berlin, 12. März. Der 24. Kommission des Reichstags lag betreffs der Sonntagstrübe im Handelsgewerbe folgender nationalliberaler Antrag vor: In Grenzgebieten, welche an Staaten grenzen, in denen an Sonn- und Festtagen überhaupt keine oder eine wesentlich kürzere Sonntagstrübe in den im Betriebe offenen Verkaufsstellen herrscht, soll die Landeszentralbehörde die Beschäftigung bis zu fünf Stunden zulassen. In der Begründung wurde besonders auf Aachen, auf die an der belgisch-holländischen Grenze liegenden kleinen Orte und andere Grenzorte, wie Konstantz, Trier usw. hingewiesen. Der Antrag wurde gegen 11 Stimmen angenommen.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei-Gez. eröffnet von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertraut:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntag

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. M. 2.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, zusätzlich Beleglohn. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: im Einzelnen die „Wiesbadener Tagblatt-Gez.“, sowie die Kioskbetriebe in allen Teilen der Stadt; im Einzelnen die hiesigen Kioskbetriebe und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Einzelnen-Preis für die Beile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Wiesbadener Anzeiger“ in einheitlicher Spalte: 30 Pf. in beiden abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen: 20 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen: 1 Pf. für lokale Anzeigen: 2 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Teile, durchgehende, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unbenutzter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechend Rabatt.

Anzeigen-Nummern: Für den Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags, für den Morgen-Ausg. bis 6 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Freitag, 13. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 122. - 62. Jahrgang.

Die künftigen Handelsverträge.

O. Berlin, 12. März.

Es ist ein Ding für sich, welche neuen Schutzgollforderungen die Konservativen und vielleicht auch das Zentrum aufstellen, und es ist wieder ein Ding für sich, ob diese Forderungen einen Erfolg haben können. Wir haben unsere guten Gründe dafür, diese letztere Möglichkeit zu bestreiten, und wir sehen deshalb mit Befriedigung auf die Versuche der Schutzgollforderungen, im Reichstag eine Kundgebung ähnlich der im preussischen Abgeordnetenhaus zu veranstalten, die übrigens auch in ihrer fachlichen Bedeutung übersehbar wird oder doch übersehbar werden kann. Über die zukünftige Handelsvertragspolitik entscheiden nicht die Reichsleitung und der Reichstag allein, sondern sie wird das Ergebnis einer Verständigung zwischen uns und den Nachbarstaaten sein müssen. Der Entschluß der Verbündeten Regierungen, die Handelsverträge nicht zu kündigen, bedeutet, daß der gegenwärtige Zolltarif als hinreichend angesehen wird, um den deutschen Wirtschaftsinteressen zu genügen. Solche Erklärungen gibt man doch nicht ab, wenn man vorhat, neue Zollmauern zu errichten. Allerdings hat die Reichsleitung sowohl durch Herrn Delbrück wie durch den Handelsminister Sadow die auswärtigen Staaten wissen lassen, daß es von ihnen ein Wagnis wäre, wenn sie zur Kündigung schreiten wollten, denn alsdann würde man in Berlin entsprechende Gegenmaßnahmen in Gestalt von Zollerhöhungen treffen, die, solange keine Kündigung erfolgt, nicht in der Absicht der Verbündeten Regierungen liegen. Die Gefahr, ob namentlich Rußland und Österreich-Ungarn diesen deutschen Willen beachten werden, ist noch nicht klar beantwortet, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Berliner Drohung (wir gebrauchen das Wort vom Standpunkt der anderen Staaten aus) keineswegs verfangen wird. Rußland wie das Donauraum fühlen sich aus Gründen, die hier nicht näher zu untersuchen sind, stark genug, um es auf einen Zollkampf ankommen zu lassen. Wie sich alsdann die Lage gestalten wird, das wird von vielen, heute noch ganz undurchsichtigen Faktoren abhängen. Man muß vor allem berücksichtigen, daß das zollpolitische Kometenjahr 1917 — so hat man es genannt — eigentlich sämtliche Handelsvertragsstaaten gleich in Mitleidenchaft ziehen wird, auch die Balkanstaaten, auf die wir darum hier hinweisen, weil ihre wirtschaftliche Erstarbung und ihre erhöhte politische Panostellung es rechtfertigen, daß sie mehr als bisher in den Bereich allgemeiner politischer Erwägungen gezogen werden. Wie es aber auch werden mag, so haben wir nicht den Eindruck, daß irgendwelche Reichstagsbeschlüsse, daß namentlich die sogenannte Probeaktion in u. a. über die wirtschaftspolitische Frage, wie sie neuerdings selbstmörderische die Kleinste aller Parteien, die Reichspartei, betrieft, auf den Gang der Ereignisse einen bestimmenden Einfluss haben werden. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Hochschuttschiffe müssen sich doch selber sagen, daß es für sie gefährlich wäre, auf eine Probe zu dringen, die bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag gründlich fehlschlagen könnte, die aber auch dann, wenn sie mit knapper Mehrheit gelänge, keinen greifbaren Nutzen verbrächte, weil die Regierung nicht im geringsten danach verlangt, von der Zollvertretung auf die Bahn umfänglicher, nach Zoll und Gewicht bedeutender Mehrforderungen getrieben zu werden. Gleichwohl darf man selbstverständlich mit Interesse abwarten, welche Wirkungen die konservativen Machenschaften hinter den parlamentarischen Kulissen haben werden.

Rußlands „Kriegsbereitschaft“.

Petersburg, 12. März.

Eine kriegerische Erklärung der „Petersburger Wörsezeitung“. Die „Petersburger Wörsezeitung“ veröffentlicht folgende aufseuernde Erklärung eines hohen Militärbeamten, hinter dem man den Kriegsminister vermutet: „Wir können stolz behaupten, daß die Zeit der Drohungen vorüber ist, daß Rußland keine fremden Drohungen mehr fürchtet und daß die russische öffentliche Meinung keinen Grund mehr hat, sich zu beunruhigen. Wir stellen hier im Vollbewußtsein der Macht unserer von der ausländischen Presse beleidigten Vaterlandes fest, daß das Hauptziel der russischen militärischen Operationsplan defensiven Charakter; heute weiß man, daß die russische Armee im Gegenteil eine aktive Rolle spielen wird. Gut befestigte Verteidigungsanlagen sind an die Stelle einer Reihe von Forts getreten, es sind die früheren defensiven Bahnen verlassen worden. Unser Offizierkorps ist beträchtlich vermehrt worden und bildet ein homogenes Ganze. Unsere Artillerie besitzt Geschütze, die den fremden Modellen in nichts nachgeben. Unsere Küsten- und Festungsgeschütze sind sogar denjenigen

anderer Staaten überlegen. Unsere Artillerie wird sich nicht mehr über Mangel an Geschossen beklagen können. Die Lehren der Vergangenheit sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Der militärische Automatismus hat einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht. Alle unsere Einheiten besitzen telephonische Einrichtungen. Unsere Soldaten können im Bedarfsfall das Eisenbahnpersonal ersetzen. Unsere Luftschiffadnoughts vom Typ Sikorsky sind bekannt. Wir können daher hoffen, daß, wenn die Umstände es erheischen, unsere russische Armee nicht nur stark erscheinen wird, sondern auch gut unterrichtet, wohl bewaffnet und mit allen technischen Neuerungen versehen. Unsere Armee, die bisher in Feindesland zu kämpfen pflegte, wird die Grundzüge des Verteidigungssystems, in denen sie unterrichtet worden ist, nicht vergessen. Unsere Armee, deren Effektivstärke in der letzten Zeit um ein Drittel vermehrt worden ist und aus homogenen Regimentern besteht, ist durch die Stärke ihrer Kavallerie und die Güte ihrer Ausrüstung an die erste Stelle gerückt. Es ist wichtig, daß die russische öffentliche Meinung sich dessen bewußt ist, daß das Vaterland auf jede Möglichkeit gefaßt ist. Aber die militärische Macht eines Landes, dessen Herrscher in der Frage der Friedenskonferenz im Haag die Initiative ergriffen hat, kann nur den Staaten unangenehm sein, die aggressives Verhalten haben. Niemand darf Gelüste auf irgendwelche Teile des russischen Reiches haben. Ebenso wie der Herrscher wünscht Rußland den Frieden, aber es ist im Bedarfsfall auch gerüstet.“

Die Ausrüstung des Artikels.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Petersburg, 12. März: Der heutige kriegerische gestimmte Artikel der „Wörsezeitung“ geht bestimmten Meldungen informierter russischer Stellen zufolge, unmittelbar vom Kriegsministerium aus. Der Korrekturbogen soll die Unterschrift des Ministers tragen. Für diese Darstellung spricht die Erwähnung des obersten Kriegsherrn, die ohne amtliche Zensur hier unzulässig erscheint. Dennoch hat man Mühe, dieser Darstellung zu glauben, da der Artikel empfindet, daß die russische Armee immer siegreich gewesen sei. Ein solcher Gedächtnisfehler scheint eher einem chauvinistischen Journalisten, als einem russischen Minister zuzutragen zu sein.

Das Echo in Berlin.

Berlin, 12. März. Die von der „Petersburger Wörsezeitung“ verbreiteten Mitteilungen über die russische Kriegsbereitschaft, die von dem Petersburger Blatt als offizielles bezeichnet werden, haben naturgemäß in politischen und militärischen Kreisen Berlins große Beachtung gefunden. Aber die in diesen Kreisen herrschende Auffassung erhält das „Riesische Telegraphenbureau“ in später Abendstunde folgende Mitteilungen: An hoher verantwortlicher Stelle hält man es für kaum glaublich, daß ein russischer hoher Militär derartige sich selbst charakterisierende Behauptungen in die Welt gesetzt habe. Wenn alle Mitteilungen über die Kriegsbereitschaft der russischen Armee so wahr seien, wie die über die Vorgesichtigkeit des Sikorsky-Luftschiffes, so könne Deutschland beruhigt sein. Im übrigen müsse man sich fragen, was mit dem Artikel bewacht werde. Deutschland und Österreich seien in dem Artikel vorfindbar nicht erwähnt und der Schluchz habe einen eigenartigen Ausgang zu der Konfession des Beginns. Daß Rußlands Heer in guter Verfassung sei, habe noch niemand behauptet. Es wäre ja allerdings auch noch schöner, wenn die russischen verantwortlichen Persönlichkeiten es nicht fertig brächten, das russische Heer auf ein gewisses Maß der Schlagfertigkeit zu bringen.

Auch die gemäßigten russische Presse schlägt Lärm.

Petersburg, 12. März. Die „Rjessk“, die bisher mit Ruhe die Äußerungen der deutschen Presse zu den russischen Mitteilungen an der Westgrenze besprochen und sich bestrebt, Klar zu machen, daß Rußland Kriegsbereitschaft fern liegen und infolge der Anordnung im Innern fern liegen müßten, schlägt jetzt einen schärferen Ton an. Ein Mitarbeiter des Blattes hat eine Unterredung mit einem Diplomaten gehabt, der die Äußerungen der deutschen Presse als einen Ausbruch des Chauvinismus und Lust zur Provokation bezeichnet. Die „Rjessk“ sagt: „Wir wollen die russische Regierung nicht wegen der unbegründeten Verhaftung deutscher Staatsangehöriger auf russischem Boden in Schutz nehmen, möchten aber dieser Tatsache gegenüberstellen, daß russische Staatsangehörige ebenso willkürlich in Deutschland und Österreich ihrer Freiheit beraubt werden. Aber was soll die Sprache des Berliner Wochenblattes „Das neue Deutschland“, das u. a. sagt, daß jetzt der Moment zur Abrechnung mit Rußland gekommen sei? Die deutsche Presse erleichtert hiermit unserer Regierung, von der Reichsдума die Bewilligung der Militärkredite zu erlangen. (Verf. A. Drahtber.)

Die Meinung der „Germania“.

Berlin, 13. März. Unter der Überschrift: „Was geht in Rußland vor?“ bringt die „Germania“ heute einen längeren Leitartikel, indem es u. a. heißt: Früher konnte die Petersburger Regierung ihre kriegerischen Absichten noch mit der Ausrufung deden, es handle sich um bloße Manöver und Verläufe. Damals konnte sie den später ausgebrochenen Balkankrieg verschüben und vorgehen, sie habe doch nur die Neutralisierung der Österreichisch-ungarischen Monarchie und Rumäniens vorgehabt. Was aber jetzt? Rußland hat Rußland etwa alle 18 Monate zur Probe mobil? Oder droht wieder ein Balkankrieg, der die Neutralisierung der Nachbarstaaten

erheischt? Wir glauben, die Petersburger Regierung ist um eine Antwort auf diese Frage sehr verlegen. Es bleibt nichts übrig, als daß ihre Mitteilungen sich diesmal tatsächlich gegen Österreich zum Zwecke eines Offensivkrieges richten. Was das für Deutschland heißt, ergibt sich durch das deutsch-österreichische Bündnis von selbst. Wir können versichern, daß man in Berlin und Wien die Vorgänge in Konstantinopel sehr scharf ins Auge faßt und sich auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Deutsches Reich.

* Zur deutsch-italienischen Fürstenbegegnung. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Information aus Venedig, nach der in offiziellen Kreisen der am 23. März stattfindenden Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem König von Italien in Venedig keinerlei politische Bedeutung beigemessen wird.

* Bundesratsbeschlüsse. Der Bundesrat hat den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Den internationalen Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf der See; den dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913 und den Entwurf des Gesetzes über die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Pisselstuf. Die Wahl eines Mitgliedes der Disziplinarkammer für elfschloßirische Beamte und Lehrer in Reich wurde vollzogen. Zugelassen wurde der Vorlage, betreffend die Neuwahl der Mitglieder des Rates für das Auswanderungswesen, und dem Entwurf des Gesetzes, betreffend die Postdampfschiffverbindungen mit den überseeischen Ländern.

* Der deutsche Kronprinz und der Invalide. Als sich der deutsche Kronprinz am Donnerstagvormittag in Berlin zum Generalstab am Königsplatz begab, kam in der Nähe des Gebäudes ein Invalide auf ihn zu und hielt ihm eine Wirtskrist entgegen. Der Kronprinz nahm das Schreiben entgegen, überflog es — der Invalide hat darin um eine Anstellung — und sagte dem Wirtskristler, daß er suchen werde, ihm zu helfen.

* Die Wirkung des Generalparabons. Infolge des Generalparabons werden in der Stadt Bonn nach vorsichtiger Schätzung 1/2 Millionen Mark Einkommensteuer für Staat und Stadt mehr eingehen, 200 000 M. im Landkreis Bonn und 150 000 M. im Siegfriede.

* Zum Kampf gegen die Fremdenlegion. Der Provinzialverband Rheinlands des deutschen Wehrvereins hatte der Eisenbahndirektion Köln künftige Warnungstafeln gegen die Fremdenlegion zum Aushängen an den Bahnhöfen angeboten. Die Behörde hielt sich nicht für berechtigt, hierüber selbständig zu beschließen. Sie fragte vielmehr im auswärtigen Amt an und erhielt die Antwort, das Gesuch sei abzulehnen. Wie die „Post“ von zuständiger Seite erfährt, erkennt das auswärtige Amt die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Fremdenlegion ausdrücklich an, hält aber den vorgeschlagenen Weg nicht für zweckmäßig.

* Die Denkmalsbeschädiger in Charlottenburg sind noch nicht ermittelt. Die sozialdemokratische Parteileitung von Groß-Berlin veröffentlicht eine Erklärung, in der sie Versuche, die Mitfahrenden der Sozialdemokratie zuzuschreiben, entschieden zurückweist. In der Stadtverordnetenversammlung kam ein sozialdemokratisches Mitglied gestern auf das polizeiliche Verbot zu sprechen, durch welches das Anhängen von Auftrügen der sozialdemokratischen Partei, welche die Ausschüttung trugen: „Heraus mit dem Frauenstimmrecht“ an den Plakatsäulen untersagt wurde. Der Redner legte zwei dieser Plakate auf den Tisch des Hauses nieder. Sofort wurde aus der Versammlung gerufen: „Fort mit den Plakaten!“ Der Stadtverordnetenvorsteher erklärte, es habe sich niemand zum Wort gemeldet, er bitte, die Plakate fortzunehmen. Stürmische Zwischenrufe waren die Folgen dieser Worte. Ein Stadtverordneter der Alten Linken lief erregt zu dem Auslegerisch und rief die Plakate herunter und warf sie auf den Fußboden. Den allgemeinen Tumult, der entstand, übertrug schließlich die Stimme des Abg. Hoffmann, der dann die Plakate wieder aufhob und sie wieder auf den Tisch legte. Auf die Aufforderung des Stadtverordnetenvorstehers hin erschienen dann unter Protest der Sozialdemokraten ein Magistratsbote, der die Plakate aus dem Sitzungssaal hinaustrug.

* Der Plan der Gründung einer Welt handelsgesellschaft. Von beteiligter Seite wird mitgeteilt: Die bisherigen Verhandlungen über die Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Welthandel“ führten zu dem Ergebnis, daß von einem weiteren Verfolg der Angelegenheit Abstand genommen wurde.

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission für die Wiederaufnahme eines Disziplinärverfahrens beriet gestern den Gesetzentwurf in zweiter Lesung. Die Beschlüsse der ersten Lesung wurden fast durchweg wieder umgestoßen und an ihrer Stelle Ausgleichsanträge der bürgerlichen Parteien angenommen, die die Regierungsvorlage zum Teil wiederherstellen. Die Neuerungen beschränken sich im wesentlichen auf § 117 b bis h. Hiernach kann die entscheidende Disziplinärbehörde ohne Erneuerung der mündlichen Verhandlung auf Freisprechung erkennen oder nach dem Tode des Verurteilten die frühere Entscheidung wieder aufheben, wenn dazu genügende Beweise vorliegen. Der im Falle der im Wiederaufnahmeverfahren erfolgten Freisprechung eines zur Strafbefugung verurteilten Beamten zu gewährende Ausgleich der Dienstverlorenen.

schädigung wird auch auf die Fälle der Freisprechung von zu Geldstrafen verurteilten Beamten ausgedehnt. Auf die Einkommensschädigung haben auch die Erben Anspruch. Die auf einen fortschrittlichen Antrag in der ersten Lesung beschlossene Abschaffung der geheimen Personalakten wurde von einem der Regierungsvertreter lebhaft bekämpft, aber von der Kommission aufrecht erhalten.

Der Haushalt für Kamerun. Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm gestern den Haushaltsplan für das Schutzgebiet Kamerun in Beratung. Die fortwährenden Ausgaben für die Zivilverwaltung wurden veranschlagt auf zusammen 7 775 500 M. (1813 143 M. mehr als im Jahre 1913). Die fortwährenden Kosten der Militärverwaltung sind um 215 818 M. höher eingelegt (insgesamt für 1914 2 901 298 M.). Der Reichsausschuß für die Militärverwaltung beträgt 3 116 818 M. Nachdem eine Entscheidung über Förderung von Privatschulen angenommen worden war, wurde der Titel genehmigt. — Der Titel Landeskultur und Landesvermessung wurde nach kurzer Aussprache bewilligt. Von der Förderung von 557 363 M. für Reise- und Umzugsgebühren usw. die der Gouverneur mit dem Hinweis auf die notwendigen Reisen der Beamten und Wanderlehrer begründete, wurden 18 365 M. abgestrichen.

Eine nationalliberale Anfrage, betreffend die Auslegung des Generalparabons. Die Abg. Wassermann und Schiffer-Fladberg haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Durch Urteil vom 5. März hat das preussische Kammergericht dahin erkannt, daß der Generalparabon auf dem 89. des Gesetzes über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 auch in denjenigen Steuerfällen Anwendung findet, in denen bei der Abgabe der Wehrbeitragserklärung ein Strafverfahren bereits eingeleitet war. Durch höchstgerichtliche Entscheidung ist also der gegenteiligen Vorschrift in § 15 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 8. November 1913 die Rechtsgültigkeit abgesprochen. Welche Stellung nimmt der Reichsfiskus zu dieser Entscheidung? Ist er bereit, mit den einzelstaatlichen Regierungen in Verbindung zu treten, um sie zu veranlassen, von der Einleitung und Durchführung von Strafverfahren aus der gedachten Bestimmung fortan abzusehen?

Die Frage des Ausgleichs der Volksschullasten wurde in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses besprochen. Der Berichterstatter erklärte, das Bedürfnis weitgehender Entlastung mit Volksschullasten überbürdeter Schulverbände sei anzuerkennen und werde von keiner Seite mehr bestritten. Der Weg, durch Erhöhung der Staatszuschüsse abzuwehren, sei nicht gangbar. Von anderen Wegen, die sich darbieten, überwiegen bei denen der Einrichtung einer allgemeinen Befolgschulstufen die Schattenseiten die Lichtseiten. Umgekehrt erscheine der Weg nach Übernahme aller persönlichen Schullasten auf den Staat wohl gangbar, namentlich da der kommunale Charakter der Schulen durch die Belastung der sachlichen Kosten bei den Schulverbänden ausreichend gewahrt werde. Es komme daher darauf an, auf die baldige Beseitigung des Mißstandes zu dringen und dabei zugleich den Weg zu zeigen, wie die Wünsche der Lehrer auf Gleichstellung im Gehalt erfüllt werden können. Der nationalliberale Redner sprach für Übernahme der persönlichen Kosten auf den Staat. Dadurch werde keineswegs eine Einschränkung der Gemeindefunktionen gegenüber der Schule bedingt. Im Gegensatz zu den übrigen Parteien verwarf sich der fortschrittliche Redner sowohl gegen die Übernahme der persönlichen Volksschullasten auf den Staat wie gegen die Zusammenfassung aller Schulverbände zu der gemeinsamen Tragung dieser Kosten. Er hielt allein den Weg verstärkter Staatszuschüsse zur Entlastung bedürftiger Gemeinden für gangbar. Der Minister erklärte, daß er zu den verschiedenen Anträgen jetzt nicht Stellung nehmen könne. Zu einem Beschlusse seien die Ministerien noch nicht gelangt. Man werde die Beschlussfassung tunlichst beschleunigen. Bei der Schwierigkeit der Sache sei aber ein bestimmter Zeitpunkt noch nicht anzugeben.

Der Wohnungsgesetzentwurf. Der 11. Ausschuss des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Entwurfs eines Wohnungsgesetzes hatte gestern die Aussprache fort. Nach Art. 8 können für Gemeinden und Gutsbezirke durch Polizeiverordnung sogenannte Wohnungsordnungen erlassen werden; für Gemeinden und Gutsbezirke mit über 10 000 Einwohnern sind Wohnungsordnungen obligatorisch; in Gemeinden, in denen die Polizei unter mehreren Behörden geteilt ist, bestimmt der Minister des Innern die zuständige Behörde. Hierzu lagen u. a. zwei Anträge vor, von denen der eine den Erlass der Wohnungsordnungen durch Orts- oder Kreispolizeibehörden

ordnung verlangt, der andere dem Regierungspräsidenten die Möglichkeit gibt, in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern Wohnungsordnungen zu erlassen. Die Abstimmung ergab die Annahme der Regierungsfassung mit den in den genannten drei Anträgen verlangten Änderungen.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung in der bayerischen Kammer. Die bayerische Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich gestern eingehend mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Regierung hat, dem Wünsche verschiedener Parteien entsprechend, eine Nachtragsforderung von 75 000 M. in den Etat eingestellt, um der Lösung der Frage der Versicherung der Arbeitslosen näherzutreten und die Gemeinden mit Beiträgen zu unterstützen, die beabsichtigen, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Im Laufe der Debatte sprachen sich die Sozialdemokraten und die Liberalen für die Genehmigung der Regierungsforderung aus, ein Teil des Zentrums, die Vertreter des Bundes der Landwirte sowie die bayerischen Bauernverbände dagegen. Auf einen Appell des Ministers des Innern Frh. v. Soden, den Bestrebungen der Regierung entgegenzukommen, bewilligte die Kammer die angeforderte Summe.

Die Frage einer Wahlrechtsreform in Braunschweig. In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung in Braunschweig gab Staatsminister Wolff zu der Frage der Abänderung des Landtagswahlrechts eine Erklärung ab, in der es heißt: Es ist selbstverständlich, daß die herzogliche Landesregierung auch in ihrer jetzigen Zusammensetzung dieser wichtigen Materie besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuwendet. Die Regierung kann aber zurzeit mit einer Vorlage nicht an die Landesversammlung herantreten, und zwar einmal, weil wegen der wesentlichen Änderung der Faktoren der Regierung eine ganz besonders sorgfältige Prüfung der Sachlage und der Rechtslage eintreten muß. Nicht wäre schädlicher als übereilung. Dann aber war die Regierung nicht in der Lage, weil die statistischen Erhebungen zur Erlangung der von der Landesversammlung gewünschten Unterlagen noch nicht abgeschlossen sind. Unter diesen Umständen müssen wir uns gedulden, bis die statistischen Unterlagen vorliegen. Ich kann aber nicht in Aussicht stellen, daß dies noch in dieser Tagung möglich ist.

Heer und Flotte.

Die Weihe des neuen katholischen Feldpropstes. Am Sonntag, den 22. d. M., wird in der katholischen Garnisonkirche in der Hafenstraße die Bischofsweihe des neuernannten Feldpropstes stattfinden.

Die Aufnahme der atlantischen Division in Südamerika. Die Presse von Uruguay hat den deutschen Kriegsschiffen ebenso herzliche Begrüßungsartikel gewidmet wie die argentinische. Bei den Festlichkeiten wird Kommodore von Rebeur-Paschwitz durch den Kommandanten des „Kaiser“, Kapitän z. S. v. Trotha, vertreten. Vorgeföhrt empfangt der Präsident den deutschen Gesandten Freiherrn v. Nordenflicht und die beiden Kommandanten der Linienschiffe. Außerdem fand bei Freikrau v. Nordenflicht ein Empfang für die deutsche und uruguayische Gesellschaft und die deutschen Offiziere statt. Der Gesandte gab zu Ehren der deutschen Gäste im Klub von Uruguay ein Essen. Gestern besuchten die Mitglieder des diplomatischen Korps das Linienschiff „Kaiser“. Über das war ein großer Haß im deutschen Klub. — Durch Vermittlung seiner Agentur in Buenos Aires stellte der Norddeutsche Lloyd den Dampfer „Sierra Salvada“ zur Verfügung des vor Montevideo liegenden deutschen Geschwaders für die deutschen Schulen kostenlos zur Verfügung. An der Verfügung nehmen ungefähr 500 Schüler, außerdem Gesandter v. d. Vische, Gesandtschaftssekretär Graf Donhoff, Attache v. Scheren, Generalkonsul Bobritz, Vizekonsul v. Radowitz, die Schulverbände und Lehrer sowie Vertreter der Presse und Behörden, im ganzen 120 Personen, an der Reise teil. Die Abfahrt erfolgt heute abend. Am Freitagmorgen findet der Besuch des Geschwaders statt. Am Freitagabend erfolgt die Rückkehr. (Vgl. „Letzte Drahtüber.“)

Die Heimkehr des Kreuzers „Bremen“ aus Amerika. Der Kreuzer „Bremen“, der nach zehnjähriger erfolgreicher Tätigkeit in den mittel- und südamerikanischen Gewässern am Montagmittag in die Weser eingelaufen war, ist auf der Bremerhavener Reede vor Anker gegangen. Er wird auf Befehl des Kaisers als ersten deutschen Hafen seine Vaterstadt Bremen anlaufen. Das Kriegsschiff wird am kommenden Sonntag, morgens gegen 8 Uhr, im Hafen 2 zu Bremen eintrifft und bis Mittwochmorgen dort bleiben. Der Senat wird Montagabend 6 Uhr das Offizierskorps auf dem Rathaus empfangen und ein Festmahl veranstalten, während die Mannschaften abends unter Mitwirkung der Marine-

militärvereine in den Zentrallhallen bewirtet werden. — Der Kaiser richtete an das Kommando S. M. S. „Bremen“ folgende Allerhöchste Order: „Nach fast zehnjähriger Auslandszeit ist mein kleiner Kreuzer „Bremen“ in die Heimat zurückgekehrt. Ich entbiete hierzu der Besatzung meinen herzlichsten Gruß. Mit Genugtuung habe ich während des ganzen Jahres die Verfolgung, wie das Schiff überall, wohin immer die Aufgaben es führten, mit Ehren und Erfolg die Flagge gezeigt hat. Mehr als den anderen Schiffen meiner Marine war ihm vergönnt, zu Wasser und zu Land in Notlagen helfend einzugreifen, die Anhänglichkeit an das alte Vaterland bei den Deutschen im Ausland zu wahren und zu erwecken, das deutsche Ansehen, wo es bedroht schien, kräftig zu schützen und zu fördern und mit bewaffneter Hand für das Leben und das Gut bedrängter Deutschen einzustehen. Es ist mir ein Bedürfnis, das noch einmal zum Ausdruck zu bringen und den Besatzungen des Schiffes, die sich in treuer Pflichterfüllung bewährt haben, meinen herzlichsten Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Berlin, den 11. März 1914. Gg. Wilhelm, I. R.“

Post und Eisenbahn.

Die Anlagen zur Sicherung des Eisenbahnverkehrs. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten hielt, wie bereits kurz erwähnt, Geh. Oberbaurat Döngen in Gegenwart des Kaisers einen mit der Vorföhrtung zahlreicher Modelle verbundenen Vortrag über Anlagen zur Sicherung des Eisenbahnverkehrs. Nach einem Überblick über die mit dem Eisenbahnbetriebe verbundenen Gefahren und die Ergebnisse der Unfallstatistik erläuterte der Vortragende die Sicherungsvorrichtungen, die Deutschland und die anderen Staaten mit einem dichten Eisenbahnnetz und starkem Verkehr angewendet hätten. Es wurden die zur Sicherung der Zugfahrten dienenden Streckenblocksysteme besprochen. Besondere Berücksichtigung fanden die Vorrichtungen, die das Überfahren der Haltsignale verhindern sollen. Dabei wurden Modelle der auf den preussischen Staatsbahnen in Versuch befindlichen Sicherungsvorrichtungen vorgeföhrt. An den Vortrag, zu dem auch die höheren Beamten des Ministeriums eingeladen waren, schloß sich ein Frühstück, an dem der Kaiser mit Gefolge sowie Vertreter des Handels, der Finanz und der Industrie teilnahmen.

Deutsche Schutzgebiete.

Zur Rückkehr Dr. Escherichs aus Neukamerun. Der Kaiser empfing gestern vormittag den Jochen von einer Forschungsreise durch Neukamerun zurückgekehrten Königl. Bayerischen Forstmeister Dr. Georg Escherich und ließ sich von ihm in 1½stündigem Vortrag über die Ergebnisse seiner Reise berichten. Dr. Georg Escherich hat vom Muni-Flusse ausgehend das Hinterland von Spanisch-Guinea durchquert, dessen wilde kriegerische Bevölkerung alle früheren Expeditionen zur Umkehr gezwungen hatte und das Gebiet des Kambere und Sanga (Sangapfel) bis zur Einmündung in den Kongo in neuemontierter Reise durchforscht.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die parlamentarische Lage in Österreich. Wien, 12. März. Die Lage des Parlaments in Österreich ist die gleiche geblieben. Die tschechisch-radikalen setzen ihre Obstruktion fort, so daß schließlich Präsident Dr. Silvester den Seniorenkongress einberufen mußte, in welchem darüber beraten werden soll, ob doch noch ein Ausweg gefunden werden kann, um eine Vertagung oder Auflösung des Abgeordnetenhauses hinauszuhalten. — In der Seniorenkongress betonte der Ministerpräsident neuerlich die Dringlichkeit der Erledigung des Rekrutenkontingents, des Kreditermäßigungs-gesetzes sowie der bosnischen Bahnvorlage und erklärte, in der augenblicklichen Situation gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder entschließe sich das Haus, an eine energische fortgesetzte Verhandlung der Gegenstände heranzutreten, oder es müßte die Staatsbedürfnisse „sehr gegen den Wunsch der Regierung“ auch neben und außerhalb des Hauses ihre Befriedigung finden. Ein hinausgeschleppen der Situation sei für den Staat nicht erträglich. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung sprachen einige tschechische Obstruktionisten, welchen teilweise das Wort entzogen wurde. Der deutsch-nationale Abgeordnete Groh beantragte schließlich mit Mäß-

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* **Dülberg am Vorlesetisch.** Das von der Zensurbehörde für Brechen verbotene Drama „Das Korallenfettlin“ von Franz Dülberg, dessen Aufführung in anderen Städten, wie Bremen und Nürnberg, berechtigtes Aufsehen hervorrief, wurde gestern abend im intimen Kreise der „Literarischen Gesellschaft“ im „Hotel Prinz Nikolas“ vorgelesen. Der Dichter selbst, der sich gegenwärtig in Mainz zur Einstudierung eines neuen Dramas aufhält, las die beiden ersten Akte vor und führte die kleine Schar seiner Zuhörer rasch in die Handlung ein. Im dunklen Wechsel zogen Bilder und Ereignisse vorüber, denen die Sprache Licht und Leben gab, und wenn die Materie so fröhlich wurde, daß die Schilderung der Geschehnisse in einem mittelalterlichen Frauenhause selbst dem unbefangenen Zuhörer keinen Zweifel über den letzten Zweck des konfessionellen Vortrags lassen konnte, so ist auch hier die Form so künstlerisch vollendet und der Dialog so frei von allen Zweideutigkeiten, daß selbst die heftigsten Situationen dadurch gedehlt werden. Im Mittelpunkt der komplizierten Handlung, die in einer mittelalterlichen Stadt spielt, steht das Mädchen, das zur Nonne bestimmt, aus natürlichem Lebensbedürfnis lieber eine Pirne werden will, und weil sie von diesem Beruf in ihrer Kleinheit und Unschuld nur sehr unklare Vorstellungen hat, gleich über den ersten, dem sie sich hingeben soll, zur Mörderin wird; ein schimpflicher Tod soll der Abschluß ihres Lebens sein. Da gleicht der aus Frankreich als Sieger heimkehrende Prinz Alwin in die in ihren Anschauungen von Sittlichkeit und Recht verankerte, auf alle Gerächtsame poehende Stadt, die er zur Pirne zu machen beabsichtigt. Er stellt das Bild der unschuldigen Sündenin und will sie befehlen. Und das Mädchen ist schließlich bereit, dem Prinzen als sein Ehegemahl zu folgen, wenn er sie nach 8 Tagen zum

Hochgericht auf dem Markte führt, wo sie angetan mit dem gelben Tuch und dem Korallenfettlin, den Abzeichen der Pirnen, vom Prinzen entpuppt zu werden wünscht, als Sühne dafür, daß ihr heißes Blut sie dazu trieb, den ersten, der ihr in den Weg lief, zu töten, daß sich ihr Vater aus Verzweiflung über diese Tat erhängte und die Mutter nach der Geburt eines toten Kindes starb. Das ist der Inhalt der beiden ersten Akte, die nach dem schlichten Vortrag und den knappen Andeutungen über Inszenierung und Regie eine ganz hervorragende Bühnenwirkung haben müssen, namentlich in einzelnen Szenen, die im Dürrenviertel und im Rathauslaale spielen und die Personen der Handlung plastisch hervortreten lassen. Der herrliche Beifall, den dem Dichter ein Zeichen des Verständnisses gewesen sein, das seinem Werke hier in Wiesbaden entgegengebracht wurde.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Paul Branns „Mariosnetheater München Künstler“ wird vom Herbst dieses Jahres am Kurfürstendamm in Berlin sein eigenes ständiges Heim haben und zugleich das kleinste Theater Berlins sein. Das Haus, mit dessen Bau schon begonnen ist, weist gegen 300 (Parkett- und Logen-) Plätze auf, inmitten eines großen Gartens, der in der milden Jahreszeit dem Publikum zugänglich gemacht wird.

Bildende Kunst und Musik. Die Stadtverordneten in Dresden bewilligten mit 40 gegen 30 Stimmen die von der Regierung geforderten Mittel zur Errichtung einer Galerie für moderne Gemälde im Betrage von 450 000 M. Der Bau kommt trotz Widerstandes eines Teils der Bevölkerung in die Ausführung. Der „Parisier“ ist nun auch in Turin vor ausser. Lauffern Hause gegeben worden. Durch die vorzügliche Wiedergabe des Meisterwerkes, das in seiner feinsten Ausstattung wie in musikalischer Hinsicht bis in die kleinsten Details

äußerst sorgfältig ausgearbeitet war, hinterließ die Vorstellung einen tiefen und würdigen Eindruck.

In Paris verurteilte das Gericht die Erben des Komponiers Massenet zur Zahlung einer Entschädigung von 30 000 Franken an die Sängerin Arbell, weil sie entgegen dem Willen des verstorbenen Komponisten die Titelrolle in der Oper „Mileopatra“ der russischen Sängerin Rudnegova übertragen hatten.

Der „New York Sun“ zufolge hat der bekannte Millionär Widener 4 Millionen Dollar für den Rest der Kunstsammlung des verstorbenen Sir John Wallace, die sich jetzt im Besitz der Lady Soddville befindet.

Wissenschaft und Technik. In New York ist George Westinghouse, der Erfinder der Westinghouse-Luftbremse, gestorben. Er war Vorsitzender von etwa 30 Korporationen.

Ein internationaler Meteorologenkongress versammelt sich im September 1914 in Venedig. Seit der letzten ähnlichen Versammlung in Paris 1896 sind fast zwanzig Jahre verflossen.

Zu dem Paläontologischen Kongress, der in diesen Tagen zum 35. Male und zum ersten Male in Hamburg tagt, hat sich eine stattliche Reihe von Regenten und Vertretern der physikalischen Behandlungsmethoden eingefunden. Der Kongress wurde gestern vormittag im Vorlesungsgebäude durch den Vorsitzenden Professor Brieger (Berlin) eröffnet. Geh. Hofrat Dr. Brod (Berlin) gab einen Überblick über die Entwicklung der Wissenschaft. Die Reihe der wissenschaftlichen Vorträge eröffnete Professor Dr. Strauß (Weimar) mit einem Referat über die Umfrage, betr. die Diät in den Kautoren. Weitere Vorträge hielten Professor Brieger über Oxydtherapie und Infektionen, Dr. Ritter über Lungentuberkulose, Dr. Rothschild über Geschwülste der Lunge und Dr. Haupt (Soden) und Generaloberarzt Dr. Frenkel-Dehne über Inhalationstherapie.

sicht auf die Obstruktion, die Refrutenvorlage bis zum ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wurde mit 181 gegen 147 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen. — Wien, 13. März. Ministerpräsident Graf Stürgkh hat gestern Abend die Parteien verständigt, daß ihn eine Fortleitung der Obstruktion der Rache bereits heute zwingen würde, das Haus zu vertagen.

Die Auswanderung überhaupt verboten. Wien, 11. März. Ein Erlass des Ministers des Innern verbietet allen männlichen Personen zwischen dem 17. und 35. Lebensjahr die Auswanderung schlechthin. Die Grenzen werden überwacht, und niemand, der der Auswanderung verdächtig ist, wird ohne Paß über die Grenze gelassen. Pässe aber stellt die Behörde nur solchen Leuten aus, die sich nicht zwischen den in dem Erlass gezogenen Altersgrenzen befinden.

Die Studenten der tierärztlichen Hochschule streiken. Wien, 12. März. Die Studentenschaft der tierärztlichen Hochschule hat beschlossen, ab heute zu streiken.

Polnische Opferwilligkeit. Lemberg, 12. März. Der vor 14 Tagen in Lemberg verstorbene polnische Arzt Dr. Alfred Burzynski hat sein ganzes Vermögen im Werte von einer Million Kronen der Vereinigung polnischer Pfadfinder testamentarisch vermacht. Im Einverständnis mit seiner noch lebenden Mutter hat die Verwaltung dieses Vermögens der polnische Sokol-Verein in Lemberg übernommen.

Frankreich.

Die neue Operation des Oberfeldzeugmarschalls v. Winterfeldt. Paris, 12. März. Wie aus Grisolles gemeldet wird, ist die Operation an Oberfeldzeugmarschall v. Winterfeldt mit gutem Erfolge ausgeführt worden. Es handelte sich um einen sehr ernsthaften Eingriff in die Nierengegend.

Eine Marokkanische Pichon. Paris, 12. März. Der frühere Minister des Auswärtigen, Pichon, hielt in einer von der Zeitschrift „Revue hebdomadaire“ veranstalteten Vorlesung über das französische Marokkoprotektorat eine Rede, in der er u. a. sagte: Wir haben einen Vertrag mit Deutschland, wir haben übereingekommen mit England, Spanien, Italien und wir sind die Bundesgenossen Rußlands. Mit allen diesen Faktoren können wir, wenn wir vorsichtig und entschlossen sind, unser marokkanisches Protektorat auf einer unzerstörbaren Grundlage errichten. Wir haben von seiten Deutschlands nur einen Widerstand zu fürchten, wenn der Vertrag, den es mit uns unterzeichnet hat, nicht seinem Geiste nach ausgeführt wird. Denn in seinem Buchstaben enthält er viele Klauseln, die uns zahlreichen Verdrießlichkeiten aussetzen. Wenn Deutschland guten Willen bekundet, dann wird sich die Verständigung zwischen uns ohne Mühe vollziehen. Wenn es bösen Willen an den Tag legt, dann werden wir unaufhörliche Streitigkeiten haben. Alles wird von den zwischen den beiden Ländern bestehenden Beziehungen abhängen. Das ist einer der Grundfehler dieses Vertrages. Wird Deutschland begreifen, daß es in seinem Interesse gelegen ist, nicht bloß unsere Tätigkeit nicht zu behindern, sondern sogar dieselbe zu ermutigen und zu erleichtern? Wenn Deutschland das begreift, dann werden wir schnell zur Wiederherstellung eines Zustandes der Sicherheit, Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlfahrt gelangen, der allen Mächten zum Vorteil gereichen wird. Anderenfalls werden wir zu beständigen Schikanen und Verzögerungen gezwungen sein, welche anderwärts furchtbare Folgen haben können, aber die in jedem Falle die Zivilisation und die Wertung seiner Reichtümer aufhalten werden.

Das Cadresgesetz. Paris, 12. März. In der heutigen Debatte in der Kammer ergriff auch der Kriegsminister Rouleux das Wort. Er erläuterte die Aufgaben des Verordnungsstellers und sagte: Es handelt sich darum, die Bestände des aktiven Heeres und der Reserven besser auszunutzen. Da die Reserven erst nach einigen Tagen mobilisierbar sind, so braucht man sehr starke Deckungstruppen, um einen Angriff abzuwehren und die gesamte Mobilisierung zu ermöglichen. Ebenso wie der Verordnungssteller bestätigte der Kriegsminister, daß man nicht zu fürchten habe, unter dem Mindestbestand zu bleiben. Der Etatsumsatz werde nicht 18 000 Mann betragen, wie Rouleux gesagt habe, sondern zum mindesten 30 000 bis 35 000. Nachdem Rouleux noch von einem Artillerieregiment gesprochen hatte, dem es an Pferden fehle, sagte der Minister: Wenn ich Bestände aus dem Innern entziehen dürfte, so würde ich die Deckungstruppen auf den vollen Stand bringen. Der Minister rechtfertigte darauf die Verstärkung der Cadres der Armee, welche alle Hoffnung Frankreichs verkörpern und das größte Vertrauen des Landes verdienen sollte. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei einem Teil der Linken.) Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Die Kammer nahm sämtliche Artikel des Cadresgesetzes und sodann das Gesetz in seiner Gesamtheit mit 413 gegen 105 Stimmen an.

Ein Eintreten für die syrische Kolonie in Brasilien. Paris, 12. März. 500 Syrier, welche sich gegenwärtig in Ceara (Brasilien) infolge der dort ausgebrochenen Unruhen in Gefahr befinden, haben die türkische Konsulatskammer in Paris dringend gebeten, die Intervention der französischen Regierung zum Schutze ihres Lebens und Eigentums anzufragen. — Einer amtlichen Note zufolge hat Ministerpräsident Doumergue der französischen Gesandtschaft in Rio de Janeiro den Auftrag erteilt, alle erforderlichen Schritte zum Schutze der syrischen Kolonie in Ceara zu unternehmen.

Ein Unfall bei Torpedoschießversuchen. Paris, 12. März. Die Kreuzer „Marcellaise“ und „Admiral Duroy“ hielten gestern mit der Torpedobootsflotte bei Cherbourg Schießübungen mit scharf geladenen Torpedos ab. Dabei dienten zwei außer Dienst ge-

stellte Torpedoboote als Scheiben. Als die Scheibenboote von Schiffsdampfern zu der als Ziel vorgegebenen Stelle geschleppt wurden, wurde durch ein ungeschicktes Manövrier das Vorderende des einen Torpedobootes von einem Schlepper abgerissen. Das Torpedoboot begann sofort zu sinken und die Mannschaft konnte sich nur durch Schwimmen retten. Das gesunkene Schiff konnte noch nicht aufgefunden werden.

Eine Bahn von Taza nach Melilla. Paris, 12. März. Nach einer Meldung aus Madrid sei in der Unterredung zwischen General Pauty und General Marina auch die Frage des Baues einer Bahn Taza-Melilla erörtert worden.

England.

Das Flottenbudget. London, 12. März. Premierminister Asquith kündigte heute im Unterhause an, daß der Flottenetat für 1914/15 am 17. März eingebracht werde. Dieser sieht eine Gesamtausgabe von 51 550 000 Pfund Sterling vor. Das Programm der Neubauten verzeichnet vier Schlachtschiffe, vier leichte Kreuzer und zwölf Torpedobootszerstörer. Der Voranschlag wird von einer Regierungserklärung begleitet, in der unter anderem gesagt wird, daß Vorsorge getroffen sei für eine Vermehrung der Offiziere und Mannschaften um 5 000 Mann, die nötig seien, um die Bau befindlichen Schiffe zu bemannen, die Neuorganisationen der Flotte mit anwachsenden Rüstungen der fremden Mächte zugleich Schritt für Schritt durchzuführen und ferner den Erfordernissen der Marineluftschiffahrt zu genügen. Die Kosten des neuen Flottenprogramms für Personal, Material und Arbeiten sowie Ausrüstungen werden einschließlich der Luftschiffahrt auf 14 817 000 Pfund Sterling geschätzt gegenüber 18 824 700 Pfund im Vorjahr. Der gegenwärtige Voranschlag wie der vorjährige seien durch die rückständigen Schiffbauten schwer belastet. Der Gesamtbetrag, der für Neubauten vorgegeben sei, betrage ausschließlich der Luftschiffahrt 18 373 000 Pfund Sterling gegenüber 16 083 000 Pfund im Vorjahr. Der Voranschlag im Vorjahr sei allerdings durch den Ergänzungsetat auf 17 370 000 Pfund Sterling vermehrt worden. Der neue Etat sehe eine Vermehrung von 300 000 Pfund Sterling zur Entwicklung der Marineluftschiffahrt vor.

Ein schwacher Sieg der Regierung. London, 12. März. Die Regierung hat heute Abend im Unterhause beinahe eine Niederlage erlitten. Während der Beratung des Heeresbudgets wurde ein Antrag der Opposition auf Verminderung einer Position nur mit 249 gegen 212 Stimmen abgelehnt.

Italien.

Die Kabinettskrise. Rom, 13. März. König Viktor Emanuel hatte gestern Nachmittag mit den hervorragendsten Politikern des Landes, mit Salandra, Bettelo, Sonnino und Vissolati, dem Führer der reformierten Sozialisten, längere Besprechungen in der Frage der Neubildung des Kabinetts. — Sonnino soll sich geweigert haben, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Er soll dem König erklärt haben, daß Giolitti der einzige Mann sei, der diese Aufgabe mit Erfolg durchführen könne.

Amstüdigkeit San Giuliano? Rom, 12. März. In parlamentarischen Kreisen wird berichtet, daß der Minister des Auswärtigen Marquis di San Giuliano entschlossen ist, im neubildenden Ministerium kein Portefeuille zu übernehmen. Es heißt, daß dem italienischen Gesandten in Paris, Tittoni, das Portefeuille des Auswärtigen angeboten werden soll.

Rußland.

Der Marinetat. Petersburg, 12. März. Die Budgetkommission der Reichsduma nahm heute die Gesetzesvorlagen, betreffend die bedingte Anweisung von Krediten für 1914 zum Bau von Kriegsschiffen sowie zur Instandsetzung von Werken des Marinerefforts, der Kriegshäfen, der Marine-Funkentelegraphenstationen und der Beobachtungspunkte an. Während der Beratung der Frage der Errichtung neuer Pulverfabriken sprach sich die Kriegs-Marinekommission einstimmig dafür aus, daß die gesamte Pulverfabrikation ausschließlich der Regierung übertragen werde.

Griechenland.

Ein politisches „Duell“. Athen, 12. März. Infolge persönlicher Beleidigungen in der Kammer hat heute zwischen zwei Abgeordneten von Korfu, dem Kammerpräsidenten Jawikianos und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Theotokis, ein Pistolenduell in Abwesenheit zahlreicher Parteifreunde, Journalisten und Photographen (!) stattgefunden, aus dem beide Sieger unverletzt hervorgingen. Die Athener Gesellschaft belächelt ironisch die Komödie, zu der sich die beiden Volksvertreter hergegeben haben.

Vereinigte Staaten.

Die Analphabeten dürfen nicht an Land. New York, 13. März. Die Senatskommission hat die Ausschließung der Analphabeten von der Einwanderungsbill beschlossen.

Judenstellung eines Riesenschlachtschiffes. Washington, 13. März. Auf der Werft von Newport wurde gestern das Schlachtschiff „Texas“ in Dienst gestellt. Die „Texas“ ist das mächtigste augenblicklich schwimmende Schlachtschiff der Welt. Die Geschwindigkeit beträgt 21 Seemeilen in der Stunde.

Südamerika.

Der Aufstand in Ecuador. Paris, 13. März. Wie dem „Figaro“ aus Quito gemeldet wird, hat der Präsident der Republik Ecuador, Leonidas Plaza, die Aufständischen, welche die Stadt Esmeraldas besetzt hielten, geschlagen. In den übrigen Teilen des Landes herrscht völlige Ruhe und die Revolution kann mit diesem Sieg als erloschen betrachtet werden.

China.

Das Vergesetz. Shanghai, 12. März. Das durch einen Präsidialerlass veröffentlichte Vergesetz bestimmt, daß bei Unternehmen, welche mit chinesischem und ausländischem Geld betrieben werden, höchstens die Hälfte des Kapitals Ausländern gehören darf. Die Ausbeutung von Salz und Erdöl wurde für ein Regierungsmonopol erklärt. 23 Metalle, 28 Steinarten, 10 Tonarten wurden zur Ausbeutung freigegeben. Das Schürfen in der nächsten Umgebung von Kaisergräbern, Sandelsplätzen, öffentlichen Plätzen, Parks, Denkmälern, Eisenbahnen, Drainierungsanlagen, Forts und anderen Befestigungen, Militärdépôts und Kriegshäfen ist untersagt. Ausländer, die sich an bergmännischen Unternehmungen beteiligen, müssen einen Ausweis des Gesandten ihres Heimatlandes beibringen.

Japan.

Eine Kabinettskrise? London, 13. März. Wie die „Daily Mail“ aus Tokio meldet, ist infolge der Ablehnung von sieben Millionen Pfund Sterling für die Flotte durch das Oberhaus und infolge der Opposition des Unterhauses gegen das Budget eine Kabinettskrise entstanden. Das Kabinett werde demnächst seine Demission geben.

Luftfahrt.

Ein neuer deutscher Fliegerhöhenrekord. Berlin, 13. März. Der Flieger Linnefogel, der erst vor wenigen Wochen den deutschen Höhenrekord mit Passagier mit 4300 Meter brach, hat gestern mittag seine eigene Leistung um 600 Meter verbessern können. Der Flug bleibt hinter dem Weltrekord Berthons nur um 20 Meter zurück.

Zu dem Verschwinden eines Flugzeuges bei Lunenburg. Deutsch-Abrecht, 12. März. Das zwischen Lunenburg und Vancourt im Schneesturm gestern abgestürzte Flugzeug, nach dem Militär- und Gendarmerieaufgehobe den Bald bis jetzt ergebnislos abgesehen haben, ist, wie hier an der Grenze jetzt bestimmt verlautet, ein Aeroplan französischer Ursprungs, der vermutlich in Epinal stationiert war. — Paris, 13. März. Alle Nachforschungen betreffs des geheimnisvollen Flugzeuges, welches gestern in der Nähe des Waldes von Ronzon niedergegangen sein soll, sind bisher vergeblich geblieben. Mehrfach wird darauf hingewiesen, daß einige in Lyon aufgestiegene Militärflieger, die sich nach Nancy begeben wollten, wegen des Sturmes ihren Flug unterbrechen mußten. Vielleicht hinge die Meldung über das geheimnisvolle Flugzeug damit zusammen.

Ein französischer Flieger über deutschem Gebiet. Altmünster (Oberes), 12. März. Von Velfort kommend, überflog gestern nachmittags ein Eindecker in beträchtlicher Höhe Altmünster und verschwand dann wieder in der Richtung gegen Velfort.

Ein Flieger ins Meer gestürzt. Santiago, 13. März. Der chilenische Aviatiker Leutnant Vello, der zu einem Flug aufgestiegen war, um das Führerzeugnis abzulegen, kehrte nicht mehr zurück. Man nimmt an, daß er mit dem Apparat ins Meer gestürzt und ertrunken ist.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Von der rechten Rheinuferstraße.

Nachdem im Jahre 1912 die landespolizeiliche Verfügung des Entwurfs der rechten Rheinuferstraße in den Gemarkungen Ahmannshausen, teilweise in der Gemarkung Vorch, in Vorchhausen, Caub, St. Goarshausen stattgefunden, für die Gemarkungen Rüdesheim und Vorch das Prüfungsverfahren im Gange war, hatten bei der landespolizeilichen Prüfung die Rheinstrombauverwaltung und die Eisenbahnverwaltung Gelegenheit, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Verschiedene Fragen wurden hierbei geklärt und man war sich darüber schlüssig, daß eine erleichterte Durchführung des ganzen Bauplans ermöglicht werde. Im Lauf des Jahres 1913 hat sich der Staat dazu verstanden, unentgeltlich die Leinpfadflächen abzutreten und das sonst zum Bau notwendige Gelände zu dem Betrag von 30 M. pro Ar zur Verfügung zu stellen, die Uferbefestigungen zu unterhalten, während die Unterhaltung der Stützmauern an den Böschungen des Eisenbahnkörpers, die neuangelegt oder erweitert werden, durch die Eisenbahnverwaltung erfolgen soll, so daß der Landesausbau in seiner Sitzung im Oktober v. J. einem neuen Plan, der ein neues Programm für die Finanzierung und die Ausführung des Rheinuferstraßenprojekts vorsieht, zustimmte. Darnach soll der Ausbau der Straße im Rheingaukreis als Signalweg nach dem aufgestellten Entwurf ausgeführt werden mit einem Kostenaufwand von 800 000 M. Im Kreis St. Goarshausen sollen die bestehenden Signalwege im Zug der Rheinuferstraße ohne Linienänderung und ohne Änderung der Verkehrsverhältnisse hergestellt werden mit einem Kostenaufwand von 135 000 M. Für den wichtigen Durchgangs- und Automobilverkehr soll von Wellmich ab nach Dachsenhausen eine Höhenstraße als Signalweg gebaut werden, bei 300 000 M. Kostenaufwand. Da der Entwurf des Teils der Rheinuferstraße, der im Rheingaukreis läuft, endgültig festgelegt ist, und die landespolizeiliche Genehmigung gefunden hat, und nur noch einige Schwierigkeiten hinsichtlich der Finanzierung der Straße im Kreis St. Goarshausen bestehen, die aber bald ihre Erledigung finden dürften, so ist zu hoffen, daß im Lauf dieses Jahres mit dem Bau dieser wichtigen Verkehrsader, die eine direkte Verbindung zwischen Frankfurt a. M. und Köln rechtsrheinisch und rechtsrheinisch herstellt, begonnen werden kann.

Angestelltenversicherung.

Der Ortsausschuß Wiesbaden der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hatte die Versicherten auf gestern Abend in dem „Wiesbadener Hof“ zur ordentlichen Jahresversammlung eingeladen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr M. Gelferich, begrüßte die von hier und auch aus der Umgegend zahlreich erschienenen und erteilte Herrn Adolf Reuengerling das Wort zu einem Vortrag über das Heilversicherung in der Angestelltenversicherung, über das, wie bei der Arbeit der Sache nicht anders möglich, doch noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten und Unkenntnis in den Kreisen der Versicherten

herrschen. Der Referent, bekanntlich einer der eifrigsten Vorkämpfer des großen sozialen Werkes der Angestelltenversicherung, ist um so mehr berufen und in der Lage, über diesen wichtigen Teil der Versicherung Aufschluß zu geben, als er Mitglied des Verwaltungsrats, neben dem Direktorium das wichtigste Organ der Versicherungsanstalt, ist und als solches Einblick in die Verwaltung hat und mit den dort herrschenden Anschauungen genau vertraut ist. Vor allem gelte es, so führte er u. a. aus, die hier gegebene Einrichtung richtig anzusehen, es müsse die allerstrenge Sorge der Versicherten sein, daß das viele Geld, welches für das Heilverfahren zur Verfügung gestellt wird, auch ganz und gut zur Anwendung kommt, Kampf gegen falsche Sparbarkeit, aber auch Kampf gegen das Simulanten-, Freibeuter- und Schmarotzertum, ideale, intellektuelle und individuelle Behandlung. Die Verwaltung biete die Gewähr, daß das Verfahren nicht bürokratisch, sondern sachlich gehandhabt werde. Das Heilverfahren muß nicht — und das ist der wesentliche Unterschied von der Invalidenversicherung —, es kann gewährt werden. Die Bedürftigkeit hat jedoch mit dem Verfahren absolut nichts zu tun, auch besteht kein Unterschied zwischen den einzelnen Beitragsklassen, so daß etwa die höheren Klassen vor den niederen etwas voraus hätten. Bei dem Verfahren kommen akute Krankheiten nicht in Betracht, sondern mehr solche, die man gewöhnlich als Leiden bezeichnet, wie Erkrankungen des Kehlkopfs, der Atmungsorgane, des Nervensystems, der Muskeln, Augen, Ohren, der Unterleibsorgane, insbesondere auch Tuberkulose und Syphilis. Daß die Sache loyal gehandhabt wird, davon hat sich der Redner selbst überzeugen können. Zahnbehandlung wird nur dann gewährt, wenn durch schlechte Zähne Magen- oder Verdauungsstörungen vorliegen. Hier werden auch nicht die ganzen Kosten, sondern nur ein Drittel bis die Hälfte übernommen. Dagegen übernimmt die Versicherungsanstalt die vollen Kurkosten in einer Heilanstalt und bei weiten Reisen auch die Reisekosten. Während der Dauer der Kur wird den Angehörigen ein Hausgeld gewährt, das $\frac{1}{2}$ des Monatsbeitrags beträgt. Der Versicherungsanstalt stehen bis jetzt 81 Heilanstalten, 29 Sanatorien (darunter die Kuranstalt „Lindenhof“ hier selbst), Krankenhäuser und zahlreiche Sommerfrischen zur Verfügung. Zuschüsse zum Erholungsurlaub im gewöhnlichen Sinne werden nicht gewährt. In der Verwaltung ist man überein gekommen, eigene Heilanstalten, weil deren Betrieb zu teuer wäre, nicht zu bauen, sondern sich durch Verleihung der Anstalten einen Einfluß auf diese zu sichern. In ganz Deutschland, von dem Gebirge bis zur See, stehen solche Anstalten zur Verfügung. Wer von dem Heilverfahren Gebrauch machen will, tut am besten, sich mit einem Vertrauensmann oder der hiesigen Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen. Im vorigen Jahr sind bereits täglich 120 bis 150 Anträge in Berlin eingelaufen, im Oktober noch 40 bis 50. Von den zur Verfügung stehenden 12 Millionen wurden 2 Millionen ausgegeben, der Rest als Grundstock eines Reservefonds angelegt. 1058 Versicherte wurden Heilstätten usw. überwiesen. Das waren die ersten Anfänge, in diesem Jahre wird mit den doppelten Zahlen gerechnet. Mit dem Wunsch, daß das Heilverfahren zur Befundung und Kräftigung der Versicherten, des ganzen Wirtschaftskörpers und des ganzen Staatskörpers beitragen möge, schloß Herr Neungerling seine Ausführungen ab und belehrenden Ausführungen unter lebhaftem Beifall. Er machte noch kurzer Besprechung noch interessante Mitteilungen über den Vorschlag der Reichsversicherungsanstalt für 1914 (es sind 145 Millionen Beiträge sowie rund 12 Millionen für Heilverfahren vorgesehen und die Verwaltungskosten betragen rund 3 Millionen = 1,808 Prozent der Beiträge) sowie den geplanten Bau des Verwaltungsgebäudes in Bilmersdorf, der einschließlich Grunderwerb zu 8 Millionen veranschlagt ist und 1100 Beamten (Männern und Frauen) Raum bieten muß. Die anregende Versammlung schloß kurz nach 11 Uhr.

— **Todesfall.** Diese Nacht starb kurz nach Vollendung seines 71. Lebensjahres der älteste Bäckermeister Wiesbadens, Herr Johann Hoffmann, Kirchstraße 58. Er war in diesem Hause geboren und jahrzehntelang Inhaber der dortigen bekannten Bäckerei und Konditorei Hoffmann, die seine Vorfahren schon seit 1884 betrieben und damals von Anverwandten übernommen hatten. Die Beerdigung findet Montagmittag 3 Uhr auf dem Nordfriedhof statt.

— **Schulnachrichten.** In der am 9. März an der Hofrat Fäbber'schen Privatschule abgehaltenen Schlußprüfung bestanden alle in die mündliche Prüfung eingetretenen Schüler der Untersekunda, vier von Wiesbaden, einer von auswärts.

— **Eine betrunkene Frauensperson,** ihrer Schritte nicht mehr mächtig, wurde heute vormittag kurz nach 8 Uhr in der Schwabacher Straße festgenommen und von der Polizei nach dem nächsten Revier gebracht. Der Vorfall hatte natürlich den üblichen Menschenauflauf zur Folge. Die Verhaftete ist übrigens schon öfter in gleichem Zustand der Aufsichtsbehörde überliefert worden.

— **Selbstmord.** Der Buchhalter einer hiesigen Weinhandlung, der vor einigen Tagen nach Unterschlagung eines Geldbetrags flüchtete, hat sich erschossen. Er wurde auf der Station Sohn im Bremsenhäuschen eines leeren Güterwagens tot aufgefunden.

— **Von einem Automobil überfahren** wurde heute vormittag in der Elster Straße ein junges Mädchen, das die Signale überhörte. Es erlitt anscheinend innere Verletzungen und wurde von dem Fahrer des Autos nach dem Paulinenklinikum übergeführt.

— **Fremdenverkehr.** Prinz Max Hugo zu Saxe-Weimar-Ehringen, Leutnant im Dragoner-Regiment Friedrich III., ist im „Hessener Hof“ absteigend.

— **Kleine Notizen.** Die Nr. 11 der Anstellungs-Nachrichten liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentgeltlichen Einsicht offen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Königliche Schauspiele.** Die Reihenfolge der Abonnementsbuchungen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag aufgehobenes Abonnement, Montag A, Dienstag D, Mittwoch C, Donnerstag aufgehobenes Abonnement, Freitag A, Samstag B, Sonntag Einfamilienkonzert, Montag aufgehobenes Abonnement.

* **Konzert.** In Schreibers Konseratorium für Musik findet morgen Samstag eine Vortragsübung für Schüler aus Unter- und Mittelschulen (besonders Männer) um 6 Uhr abends in den Räumen des Konseratoriums statt. Zutritt ist der freie Zutritt gerne gestattet.

Nassauische Nachrichten.

Hochwassernachrichten.

Δ **Niederwall a. Rh.** 12. März. Der Rhein hat seine Ufer weit überschritten. Das Wasser ist in viele Keller

eingedrungen. Nicht schnell genug konnten die in denselben lagernden Vorräte in Sicherheit gebracht werden. Die Ofen der Heizungsanlage im Keller des neuen Schulgebäudes haben ihren Dienst versagt, so daß der Unterricht geschlossen werden mußte. In den Klosterräumen und Waberräumen steht das Wasser mehrere Zentimeter hoch. Die im Entleeren begriffenen Gartenanlagen am Rhein sind zum Teil zerstört. Seit vielen Jahren ist dieser Wasserstand nicht erreicht worden. Der Strom macht in seiner jetzigen Breite einen imposanten Eindruck.

— **Von der Mainmündung.** 12. März. Das Hochwasser hat nunmehr anscheinend seinen höchsten Stand erreicht; es ist dies seit mehr als 15 Jahren der höchste Wasserstand. Besonders eindringlich tritt die Mächtigkeit der Wasserflut an der Mainmündung auf, und zwar, wenn man mit dem Lokal-Motorboot von Mainz nach Koblentz fährt. Koblentz erscheint von dem Wasser aus wie ein kleiner Insel. Die Mainspitze sowie die Maaraue sind überflutet, und die Heilungswerte erscheinen wie Lagunen. Das Wasser des Rheins läuft in starkem Strom über die Felder der Maaraue nach Lachhausen zu. Auf dem Wege, wo Tausende von Schlittschuhläufern und Zuschauern im Januar gingen, fährt man jetzt mit Rähnen, und die in stilles Wasser fließenden Fische zu fangen. Das Motorboot fährt regelmäßig alle Stunde bei der Stadthalle in Mainz ab.

Sam. Fall Geisenberger.

— **Geisenheim, 12. März.** Wie jetzt bekannt wird, ist nicht nur die Gemeinnützige Baugesellschaft die Leidtragende allein, sondern verschiedene Privatpersonen sind im Mitleidenchaft gezogen, indem sie dem Dr. Geisenberger, der ein Einkommen von rund 18 bis 20 000 M. im Jahre hatte, Geld geliehen haben. Die bis jetzt nachgewiesene und eingeklagte Gesamtsumme der verantrauten Gelder beläuft sich auf 153 000 M. Das Kapital der Baugesellschaft, die Geisenberger um diese Summe betrug, betrug 400 000 M., wovon 350 000 M. aus Mitteln der „Elektron“ stammen. — Der neue Sanitätsplan der Gemeinde sieht eine Steuererhöhung von 10 Proz. vor. Die „Volkstimme“ macht hierfür den Dr. Geisenberger in erster Linie verantwortlich.

— **m. Rüdesheim, 12. März.** In der hier abgehaltenen Stadtverordneten-Versammlung wurden entgegen einem früheren Beschluß 300 M. als Beihilfe zu den Hochwasserschäden an der Elbe bewilligt. Von einer Kollekte unter den Bürgern soll abgesehen werden. Für das neu zu erbauende Gastwerk muß ein Platz von annähernd 3 Morgen Flächeninhalt erworben werden. Das zu erwerbende Gelände liegt in der Nähe der Geisenheimer Landstraße. Beschlossen wurde, für die Räte 40 bis 308 M. anzulegen. Der gesamte Kaufpreis stellt sich auf rund 24 000 M.

— **Unterfiedbach, 11. März.** Bei der gestrigen Gemeindevorstandswahl dritter Klasse wurde im ersten Wahlgang nur ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt, und zwar der Wähler Eduard Brönner. Zwischen zwei sozialdemokratischen und zwei bürgerlichen Kandidaten wird eine Stichwahl erforderlich. Die sozialdemokratischen Stimmen hatten gegen die Wahl vor zwei Jahren keinen Zuwachs, dagegen hatte die Bürgerpartei etwa 70 Stimmen mehr zu verzeichnen.

— **lt. Wiesbaden, 12. März.** In der Dienstmagd wurden hier zahlreiche Diebstähle, die in einem Garten hingen, am Tag gestohlen. Zum Teil beschlagnahmt und zerstückelt. Einem Kautschukband gelang es nach am nächsten Nachmittag, den Spuren des Diebes zu folgen und diesen in der Person der Witwe B. zu fassen.

— **Diez, 12. März.** Gestern starb hier der Veteran Zimmermeister Karl Thom sen. im Alter von 67 Jahren. Er hat den Feldzug 1870/71 als Gefreiter beim Infanterie-Regiment Nr. 87 mitgemacht.

— **Wissenroth, 12. März.** Bei der Bürgermeistereiwahl erhielt unser feierlicher Bürgermeister Hölder sechs Stimmen und der Polizeibeamte Johann Vixenfeld sechs Stimmen. Die Wahl mußte durchs Los entschieden werden, die zugunsten unseres feierlichen Bürgermeisters ausfiel.

Aus der Umgebung.

— **wb. Frankfurt a. M., 13. März.** Heute morgen entgleisten auf dem Hauptbahnhof von einem Leerzug einige Wagen. Hierdurch wurde eine vorübergehende Verkehrsstörung hervorgerufen. Personen wurden nicht verletzt. Der Schaden ist nur gering.

— **Kassel, 12. März.** Der in weitem Umkreis bekannte Zimmermeister und Kommandant der freiwilligen Feuerwehr, Jakob Fischer, wurde gestern mittag auf der Straße von einem tödlichen Schlaganfall betroffen.

Neues aus aller Welt.

— **Internationale Geldstrafkammer.** Magdeburg, 12. März. Die Internationale Geldstrafkammer wurde auf dem Magdeburger Güterbahnhof einer großen Expeditionsfahrt von Angehörigen der Reichs- und Schlichtungsgesellschaft bei der Arbeit ertappt. Auf ihrer Fahrt schloffen sie auf die verfolgenden Beamten, wobei ein Beamter und ein Schutzmann schwer verletzt wurden. Man ist den Verbrechern auf der Spur.

— **Durch Buchmacher gestreut.** Hamburg, 12. März. Zahlreiche Personen, die am 6. März auf das Pferd Trudee, das in England bei Paris als Outfitter startete und das Rennen gewann, größere Beträge gesetzt hatten, sind durch die Buchmacher geschädigt worden, welche die Wette nicht befriedigen konnten und deshalb gestrichelt sind. Es soll sich um Verbindlichkeiten von über 100 000 M. handeln.

— **Entsetzlicher Selbstmord einer Bahnherrin.** Mannheim, 12. März. Die in den 40er Jahren lebende Frau des Schenkelektors A. überzog sich heute vormittag in der Parkstraße mit Spiritus und gürte sich dann an. Sie verbrannte am ganzen Körper und war sofort tot. Die Frau hat die Tat in einem Anfall von Geisteskrankung begangen.

— **Ein Brand der Röhre Wasserleitung.** Köln, 13. März. Gestern nachmittag brach in einer der Hauptwasserleitungen, der Straße „Unter den alten Eichen“, das Hauptwasserrohr, das eine Stärke von 600 Millimeter besitzt. Sofort wurde die ganze Umgegend unter Wasser gesetzt, zwischen dem Dom und dem Bahnhof stand das Wasser hoch. Sämtliche Keller der Umgegend wurden unter Wasser. Das Wasser und der Dampf, der aus den Straßen aufsteigt, wurde auf einer Straße von 100 Meter gehoben und geworfen, ebenso wurden die Schienen der Straßenbahn gehoben. Die Gefahr wurde durch Absperren des Hauptrohrs beseitigt.

— **Verhaftung der Partier Vorkübe.** Brüssel, 13. März. Die Diebe, die am 28. Februar in Paris aus einem Wagnen einen Sack mit einer Million Mark in Wertpapieren gestohlen haben, sind gestern in Brüssel verhaftet worden. Es sind die Franzosen Mouret und Ceb. Sie hatten versucht, bei mehreren Bankhäusern die Papiere zu verkaufen.

— **Geisener. Portland (Oregon), 12. März.** Sechs Häuser sind durch ein Feuer zerstört worden. Auch zwei Dampfer wurden von dem Feuer ergriffen und verbrannten. Der Schaden ist sehr groß.

— **Anschlag auf einen Eisenbahnzug.** Aurillac, 13. März. Gestern Abend wurden in Aurillac zwei Arbeiter verhaftet, die auf die Schienenstrasse von St. Flour nach Brionne große Fels-

stücke gewälzt hatten, um einen Zug zum Entgleisen zu bringen. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis rechtzeitig und zog die Bremse. Trotzdem fuhr die Maschine auf die Steine auf und wurde am Vorderteil schwer beschädigt.

Die Duellinterpellation des Zentrums im Reichstag.

5. Berlin, 13. März. (Fig. Droßbericht.) Vor einem stark besetzten Hause begann heute im Reichstag die Beratung der Zentrumsinterpellation über das Duell der Leutnants Haage und La Valette in Reg. Auch die Tribünen waren stark besetzt. In einer 1¼stündigen Rede begründete Abg. Gröber die Interpellation. Er schilderte die Vorgänge vor dem Zweikampf, auch, wie Leutnant Haage den Besieger seiner Mannessehre zuerst einfach über den Haufen schießen wollte, wie dann der Ehrenrat sich auferstande erklärte, einen Ausgleich vorzuschlagen, wie einige Widerungen der zuerst außerordentlich schweren Bedingungen durchgesetzt wurden, wie aber schließlich doch der Zweikampf noch vor dem Zusammentritt des Ehrengerichts stattfand mit dem bekannten traurigen Ausgang. Der Zentrumsredner bemängelte, daß offenbar die Militärbehörden, der Kommandeur und Ehrenrat, versagten, insbesondere nicht die erforderlichen Ermittlungen angestrengt hätten, sonst hätte der schuldige Offizier aus dem Heere entfernt werden müssen und der Zweikampf wäre verhindert worden. Gröber verlangte im weiteren energisch die völlige Beseitigung des Duells, die der Reichstag wiederholt gefordert habe. Mit der bloßen Versicherung, daß alles in Ordnung und daß eine Besserung eingetreten sei, sei nichts mehr zu machen. Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall auf allen Seiten des Hauses. Noch stürmischer war die Zustimmung, als Gröber im Laufe seiner Rede mit Empase erklärte, der Ehrenrat habe sich mitschuldig gemacht dadurch, daß er das Duell nicht verhindert. Für das Militär gebe es kein anderes Recht als für das ganze übrige Volk und die jedesmal wiederkehrende Belehrung vom Regierungstisch über die bestehenden Kabinettsordres seien völlig zwecklos.

Ganz auffällig ungeschickt und namentlich auch in der Form merkwürdig unbeholfen war auch diesmal wieder die Antwort des Kriegsministers. Herr v. Falkenhayn bestritt entschieden, daß der Ehrenrat sich mitschuldig gemacht habe. Die ganze Schuld trifft nach seiner Versicherung den im Duell gefallenen Leutnanten, der eben nicht den Spruch des Ehrengerichts abgewartet habe, überhaupt kaum zu halten gewesen sei. Unter wachsender Unruhe des Hauses wies der Kriegsminister darauf hin, daß der Zweikampf nicht nur im Heer und der Marine, sondern auch in anderen Bevölkerungskreisen vorkäme. Eine Änderung der Gesetzgebung lehnte Herr v. Falkenhayn rundweg ab, und seine Theorie lief einzig und allein auf die Rahmung „Abwarten“ hinaus. Seit dem Duell Bismarck-Winde hätten sich die Anschauungen über die Notwendigkeit des Zweikampfes schon zum Besseren gewendet, sie würden sich auch noch weiter ändern. Die Rechte begleitete die Rede des Kriegsministers mit starkem Beifall, das Zentrum schwieg, die Linke zischte.

Die Besprechung der Interpellation leitete sodann, allerdings vor stark gelächelten Vätern, der Sozialdemokrat Haase-Wienberg mit einer heftig anklagenden Rede ein. — Ihm folgte der Abg. van Calker (nail), der ebenso wie der Kriegsminister bestritt, daß ein Duellzwang im eigentlichen Sinne des Wortes vorläge. Eine Abschaffung des Zweikampfes hält er für ausgeschlossen, weitere Maßnahmen zur Verhütung von Ausbreitungen dagegen für möglich und erwünscht. Auch der konservative Abgeordnete Graf Westarp billigte die Erklärungen des Kriegsministers. So sehr er auch die Beseitigung des Zweikampfes für geboten erachtet, so möchte er doch auf der anderen Seite betonen, daß die konservative Partei dem Beschluß der Duellkommission auf Einführung der Gefängnisstrafe usw. im Falle offenkundiger Schuld nur in der Annahme zugestimmt habe, daß diese Beschlüsse nurmehr resolutorischen Charakter tragen. Der Abg. Dr. Blunz (Epl.) wandte sich sehr scharf gegen den nationalliberalen Redner, der das Duell als unentbehrliche Einrichtung bezeichnet habe, und erklärte sich scharf gegen den Duellzwang. Darauf ergriff wiederum der Kriegsminister das Wort, um noch einmal seine Stellungnahme kurz darzulegen.

Letzte Drahtberichte.

Russisch-Offiziöses über die Beziehungen zu Deutschland.

— **wb. Petersburg, 13. März.** Anlässlich der letzten Auslassungen der deutschen Presse über die russisch-deutschen Beziehungen schreibt die offiziöse „Rossija“ unter anderem: Die gewissenhaftesten unter den deutschen Zeitungsredaktionen begnügen sich nicht mit der nackten Behauptung einer vermeintlichen Abkühlung der deutsch-russischen Beziehungen, sondern suchen ihren Lesern den Grund dieser traurigen Erscheinung zu erklären. Daß dies mehr als eine undankbare Aufgabe ist, beweist der Umstand, daß sich diese Journalisten nicht scheuen, von der Behauptung auszugehen, daß die historische russisch-deutsche Freundschaft bereits seit langem de facto keine reelle politische Größe sei, da sie ausschließlich zwischen den russischen und preussischen regierenden Häusern, aber nicht zwischen den beiden Nationen existierte. Wir würden uns nicht wundern, wenn eine derartige Behauptung von der deutschen radikalen Presse ausgehen würde; denn es ist ganz natürlich, daß der zeitgenössische Radikalismus eine dynastische Politik nicht nachempfinden kann, auch in dem Maße nicht, wenn sie den nationalen Interessen entspricht. Leider haben jedoch diesen Gedanken auch einige konservative Zeitungen ausgesprochen, wobei sie auf das Ende der russisch-deutschen Freundschaft hinweisen. Dem gegenüber muß vor allem festgestellt werden, was unter dynastischer Politik und gegenseitigen Sympathien benachbarter Nationen zu verstehen ist. In früheren Jahren, als die Presse noch kaum existierte und das allgemeine kulturelle Niveau noch äußerst niedrig war, konnte von keiner anderen Politik als von einer dynastischen die Rede sein. Daher ist die Behauptung vollkommen begründet, daß, wenn sich die Annäherung Russlands an Deutschland glücklicherweise, freundschaftliche und verwandtschaftliche Bande zwischen den russischen und den preussischen Herrscherhäusern viel dazu beitrugen.

Über auch in jenen Zeiten wurde die Sache nicht allein durch die dynastische Freundschaft erschöpft; es gab Fälle, wo

